ZECK

Das Info aus der Roten Flora

Nr. 94 | Dez 00, Jan 01



Deutschländer

Würstchen bester deutscher Art

Vor fast 100 Jahren zog der Geselle Fritz Meica durch die deutschen Lande, um von berühmten Metzger-Meistern zu lernen, wie man besonders gute Würstchen macht. Doch er fand, dass man jedes noch etwas verbessern konnte. Als er sich in seiner Heimat im Ammerland niederließ, schuf er sein Meisterstück mit dem besten von allen deutschen Rezepturen. Das Ergebnis war ein Würstchen wie man es sich besser nicht wünschen konnte:
Knackig wie Wiener,
würzig wie Frankfurter
und zart wie Krakauer.
Und zum Dank an seine Lehrmeister in ganz Deutschland nennen wir unser Meisterstück *Deutschländer.*





Wahnsinn: Leitkultur

Vorwort:
Zeck-Redaktion im Weihnachts-Stress...
Diesem Stress zum Opfer fiel unser Bemühen, zu den Entwicklungen in Pälästina/Israel einen aktuellen Text abzudrucken – wir fanden einfach keinen geeigneten. Selbst die „Inamo" vom Herbst/Winter 2000 ist bereits veraltet, da sie die aktuellen Ereignisse nicht berücksichtigt....
Die nächste Zeck erscheint erst Ende Januar.
Bis dann,
Z.

Impressum

V.i.S.d.P.: P.Schulze, Beim grünen Jäger 38, 20357 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Inhaltsverzeichnis:

VOKÜ auf Sparflamme

Vielleicht habt ihr es schon bemerkt: das Kochkollektiv am Donnerstag konnte die letzten Monate den wöchentlichen Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten. Wir sind personell arg geschrumpft und haben uns entschlossen nur noch alle zwei Wochen zu kochen (14.12., 28.12. usw.).
Es wäre super, wenn sich Menschen finden, die die übrigen Donnerstage übernehmen, damit der wöchentliche Betrieb wieder sichergestellt ist. Wir schlagen vor daß am Kochen interessierte Menschen mal bei uns vorbeikommen und wir dann die weiteren Dinge klären. Denn nach wie vor finden wir es wichtig, billiges, gutes, veganes Essen zu kochen und möglichst viele Leute am Donnerstag und natürlich auch am Montag damit in die Flora zu locken, denn die Kochtermine sehen wir auch als Kommunikationspunkte für Menschen, die sich über politische Zusammenhänge hinaus treffen, austauschen und als Anlaufpunkt, um aktuelle Termine und Informationen zu erhalten. Dies gilt es zu erhalten.
Also findet euch zusammen, übernehmt selbst Verantwortung und kocht in der Flora.
Kochkollektiv

Kurzbericht vom Prozeß am 10.11.

Am 10. November 2000 hat vor dem Amtsgericht Hamburg ein Prozeß gegen eine Antirassistin stattgefunden, die sich im Mai 2000 in eine rassistische Kontrolle an der Sternschanze eingemischt hatte. Ein Schwarzer wurde von vier Zivis mit rabiaten Methoden festgenommen. Der Prozeß fand, trotzdem sich ca. 50 ZuschauerInnen eingefunden hatten, in einem kleinen Saal statt. Schon kurz nach Verlesen der Prozesserklärung versuchten daher Menschen in den vollbesetzten Raum zu gelangen und forderten eine Verlegung. Richter Haage, der schon zu Beginn erklärt hatte es ginge hier um nix Wichtiges und schon deshalb eine Verlegung nicht in Frage käme, nahm das zunächst mit Humor und meinte ZORROs Rache zu spüren. Immer mehr Menschen drängten sich an den Gerichtdienern vorbei und stürmten durch die zweite unbewachte Tür das Anklage"bänkchen", Zeugenbank und überhaupt den Saal.
All das verhinderte nicht, daß Richter Haage den Saal durch Polizeibeamte räumen ließ. Nach einigem hin und her und der Androhung, von allen Anwesenden die Personalien festzustellen, leerte sich der Saal. Im Flur wurden drei Personen willkürlich abgegriffen und zur Wache Großneumarkt gebracht. Zwei Personen wurden relativ schnell mit dem Vorwurf Landfriedensbruch (evtl. Gefangenenbefreiung) wieder freigelassen, die dritte Person erst weit nach Prozeßende, nach ED-Behandlung und nachdem Herr Schönwetter von der Kriminalpolizei hinzugezogen worden war.
Im Gerichtsgebäude hatte sich inzwischen eine ganze Anzahl von Pressemenschen eingefunden. Der Prozeß endete mit einer Verurteilung zu einer Geldstrafe (50 Tagessätze) wegen versuchter Körperverletzung, Körperverletzung, Beleidigung und Widerstand. Gegen das Urteil werden Rechtsmittel eingelegt.
Der Staatsanwalt legte Wert darauf, daß die Tat in keiner Weise als politisch anzusehen sei und die vereinfachende Sichtweise der Angeklagten, alle Polizisten seien Nazis, nicht zu schwer ins Gewicht fallen dürfe.
Richter Haage machte sich durchgehend über den Namen der Angeklagten und über den Status Sozialhilfeempfängerin lustig. Besonders empört war er darüber, daß der Begriff „Schwarzafrikaner" kritisiert wurde. Nach Urteilsverkündung erklärte er dem Publikum, es sei eine Frechheit, daß von „Zigeunern und Negern" nicht gesprochen werden dürfe, nur weil die Nazis diesen Begriff verwendeten. Ein Schimpfwort sei eigentlich nur „Nigger" und überhaupt würde er sich auch dagegen verwahren Juden Israeliten zu nennen.

Filmabend am 3. Dezember in der Flora

Kino-Doppelprogramm von Peter Sempel

19 Uhr: DANDY (90 min) und

21 Uhr: KINO-EXTREM (80 min)

1. Sehr oft fragen Leute, die anscheinend immer jünger werden, nach dem cultfilm DANDY, ein Musikfilm, der mittlerweile als geschitliches Kulturgut angesehen werden kann, allein schon aufgrund der Besetzung (Blixa Bargeld, Nick Cave, Kazuo, Ohno, Campino, Nina Hagen, Dieter Meier, Rattenjenny etc.).
„Damals", 1988, war er bei vielen Schwarzgekleideten umstritten, heute jubelt man, und zeigt ihn in unzähligen Großstädten quer um den Globus.

2. KINO-EXTREM ist vielleicht die beste Show überhaupt in meinem bisherigen Schaffen: ich zeige immer 3 Filme gleichzeitig nebeneinander, leicht überlappend und mische die Töne live. Da alle Filme von mir seit 1981 fast durchgehend mit (und wegen) der Musik sind , läßt sich eine großartige Komposition herstellen !!
Alle möglichen Künstler aus den unterschiedlichsten Welten treffen aufeinander und mischen sich mit ABWÄRTS, BACH, MOZART; BIRTHDAY PARTY; CRASS; DAF usw....man kann kirre im Kopf werden.

WEG mit der P.R.O. !

Protest gegen den Schill-Auftritt am Mittwoch, 6.12., 18 Uhr, Treff: Max-Brauer-Allee (Ecke Neue Große Bergstr.)

Die P.R.O. ist eine neue Rechtspartei. Das Kriminalitätsgerede ist dabei der Kitt, der ihren Laden zusammenhält. Kein Wunder also, daß Schill in der extremen Rechten Zuspruch erhält, und Grund genug, diese faschistoide Gruppierung als das vorzuführen, was sie ist: rassistisch, sozialdarwinistisch und extrem rechts.

„Neonazis in Hamburg"- Information und Diskussion.

Eine Veranstaltung der autonomen AntifaschistInnen, in Koopertion mit Argumente e.V. – Bildungswerk gegen Rassismus.

Im ersten Teil werden die beiden Journalisten Andreas Speit und Diet-

mar Quante die vermeintlich systemoppositionellen Ideologieversatzstücke der Freien Nationalisten analysieren. Aufgezeigt werden Steuerungsfunktionen in der norddeutschen und der bundesweiten Neonazi-Szene, Agitationsfelder, Erklärungsmuster sowie die unvermittelt andauernden Aktivitäten.
Im zweiten Teil geht es um die Hamburger Neonazi-Struktur, u.a. um die weiterhin aktiven Anhänger des verbotenen „Hamburger Sturms".
Mi., 13.12., 20.00 Uhr

Spanische Filmtage im 3001 Kino mit acht Filmen aus Spanien

In dieser Zeit steht das 3001 Kino im Zeichen des jungen spanischen Films. Im Mittelpunkt stehen fünf Hamburger Erstaufführungen von Julio Medrano, Agusti Villaronga und Ramon Barea. Ergänzt wird das Programm u.a. von einem Kultfilm des wohl bekanntesten spanischen Filmregisseurs der 90er Jahre: „Atame- Feßle mich!" von Pedro Almodovar. Außerdem haben die OrganisatorInnen eine echte Ausgrabung machen können: „La verdad sobre el caso Savolta" von Antonio Droves, ein politischer Film aus der Zeit des Übergangs von der franquistischen Diktatur zur parlamentarischen Demokratie. Alle Filme laufen im Original mit Untertiteln. Einzelheiten ersieht man aus dem zweisprachigen Sonderprogramm.
Do., 7. – Mi. 20. Dezember

MASCH-Programm Winter/2000

Neben Lesekursen zur „Dialektik der Aufklärung", „Das Kapital", Arbeit, Reichtumg und Gerechtigkeit, und dem „Kommunistischen Manifest" organisiert die MASCH folgende Veranstaltungen:
Pejman Heshmati: Carl Schmitts faschistische Staatsauffassung
Termin: Do, 7.12.00, 19 Uhr

Andreas Knahl: Über den Umgang mit Irren und die Begründung des Irreseins
Termin Do, 18.01.01, 19 Uhr

Ort: Uni Hamburg, Allendeplatz , Pferdestall, Raum 138

Bramfeld – Aufstand der Anständigen?

Als eines Montags in einigen Hamburger Tageszeitungen zu lesen war, tatkräftige Bramfelder BürgerInnen hätten eine Attacke von 10 – 15 bewaffneten Nazis auf einen antifaschistischen Infostand der Regenbogenfraktion erfolgreich vereitelt, fragte sich sicherlich so MancheR, ob die Botschaft des „Aufstands der Anständigen" tatsächlich so schnell und gründlich angekommen war. Die Sorgen der um Law and Order bemühten Herrschenden können aber als unbegründet abgetan werden, da es sich wohl doch eher nur um einen „anständigen Aufstand" von sich auf der Hut befindenden zugereisten AntifaschistInnen handelte.
Aber der Reihe nach: Nachdem die sommerlichen Wochenenden von zahllosen Naziaufmärschen bestimmt worden waren – stets polizeilich wohl behütet, um jeden Akt von „Zivilcourage" im Keim zu ersticken – und andererseits der staatlich verordnete Standortantifaschismus immer groteskere Blüten trieb, setzte sich die Überlegung durch, unsereins müßte mal wieder aktiv werden und die Ebene des ewig nur Reagierens endlich verlassen, um den Nazis das Leben schwer zu machen und dem Sommerlochantifaschismus eigene Inhalte entgegen zu setzen.
Es bot sich an, an den Orten, wo Nazis sich heimisch und sicher fühlen, sie aus der Anonymität zu zerren, über ihre Aktionen, inhaltlichen Zielsetzungen und Strukturen zu informieren und mittels Flugblättern und Diskussionen linke Sichtweisen und Inhalte zu vermitteln.
Ein in Bramfeld drei mal stattfindender Infotisch wurde dann mit zunehmendem Interesse bedacht – sowohl seitens von Passanten als auch der ortsansässigen Nazis. Von daher kam der Naziangriff beim zweiten Mal nicht ganz unerwartet.
Die Infostand-Reihe kann im Ergebnis durchaus positiv gewertet werden. Das Interesse der Passanten war relativ groß, es gab einige Gespräche vor Ort und als konkreten Niederschlag wird am 13.12. um 20 Uhr im Bramfelder Kulturladen eine Infoveranstaltung zur norddeutschen Naziszene stattfinden (siehe gesonderte Kurzmeldung).
Hierzu wird es am 9.12. ab 10 Uhr einen letztmaligen Büchertisch in Bramfeld geben mit einer anschließenden Demo ab ca 12 Uhr. Dort soll für die Veranstaltung mobilisiert werden und ein Rundgang durch das Hauptwohngebiet der Nazis erfolgen.
Wider Erwarten ist diese Demo auf sehr breites Interesse gestoßen und wird mittlerweile von vielen Gruppen getragen. Das Motto ist: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen gegen die Menschheit", alle anderslautenden Aufrufe („Bramfeld nazifrei" oder „Weg mit der NPD") sind von außen herangetragene inhaltliche Annexionsversuche, die sich nicht mit dem ursprünglichen Inhalt decken.
P.S.: Die Büchertisch-Reihe wird fortgesetzt. In Lohbrügge fand bereits am 18.11. ein erster Ortstermin statt.

Nehmt den Nazis die Straßen und Räume
Entlarvt den deutschen Standortantifaschismus
Antifa sollte erfolgreich sein!

Isolationshaft ist Folter! Kein Stammheim am Bosporus!

Weltweit ist die Isolationshaft als „weiße Folter" geächtet. In der Türkei soll sie jetzt eingeführt werden, um die politischen Gefangenen aus verschiedenen revolutionären und oppositionellen Organisationen in ihrer Widerstandsbereitschaft zu brechen. Die politischen Gefangenen nennen die neuen F-Typ-Gefängnisse „Sarggefängnisse". Etwa viertausend solcher Isolationszellen sollen jetzt aus den Reihen der etwa 10.000 politischen Gefangenen belegt werden. Dagegen und gegen den Alltag der Folter, Repression und der Schikanen sind Tausende politische Gefangene in verschiedenen Gefängnissen der Türkei in einen unbefristeten Hungerstreik getreten.

Internationale Demonstration für die Freiheit aller politischen Gefangenen – weltweit!
Samstag 9.12. 11-13.30 Uhr Knastkundgebung vorm UG am Holstenglacis
Anschließend Demonstration in die Innenstadt.

[K]eine Flora mit Verträgen?

Die seit 11 Jahren andauernde Besetzung der Roten Flora wurde all die Jahre (mit Unterbrechung 1992, als vergeblich mit der damaligen Stadtentwicklungssenatorin Traute Müller um eine vertragliche Lösung gerungen wurde) vom Senat mehr oder weniger stillschweigend geduldet. Die ruhigen Zeiten scheinen beendet, Senat und Bezirk drängen seit Mai diesen Jahres erneut auf eine Beendigung des illegalen Status. Der Altonaer Bezirksamtschef Hornauer sandte der Roten Flora mit Rückendeckung durch den Senat einen Vertragsentwurf zu, der eine Grundlage für Verhandlungen sein soll. Die Knackpunkte dieses Vertragswerkes sind neben möglicher Haftbarmachung von Verantwortlichen v.a. das Untersagen von politischen Plakatwänden an der Fassade und die Verpflichtung, die Drogenszene um die Rote Flora nicht zu dulden.
Nicht erst seitdem gährt in der Flora ein Prozess, zu einer Entscheidung über Verhandlungen und Vertrag zu gelangen. Im wesentlichen existieren zwei Positionen: Die einen lehnen Verhandlungen über Verträge strikt ab, während die anderen an dieser Frage die Existenz der Flora nicht aufs Spiel setzen wollen.
Wir sprachen mit vier AktivistInnen aus der Roten Flora.

Wie schön das ihr gekommen seid, vier GesprächspartnerInnen für uns. Fangen wir an mit der Frage der Bilanz von elf Jahren Rote Flora. Was haben Euch diese elf Jahre bedeutet, was ist das wesentliche für Euch an der Flora?

Anne: Also ich kenn die Flora ja nicht von Anfang an, sondern bin erst später dazugekommen. Flora stand für mich als ein besetzter Raum als was Widerstäniges. Deswegen bin ich eben auch nicht in der Motte gelandet sondern hier.

Was ist denn für dich der Unterschied zwischn Motte und Flora?

Anne: Bei der Motte war zum Beispiel von vorne herein klar, dass die über bezahlte Stellen funktioniert.

Norbert: Ich bin seit Anfang an dabei, mehr oder weniger schon seit dem Widerstand gegen das Phantom der Oper. Für mich ging es anfangs unter diesem Schlagwort "Flora für alle" darum, ein Zentrum für den Stadtteil zu machen. Ich bin auch erst über die Flora in so autonome Politik reingekommen. Die Sachen haben sich aber verändert in den Jahren. Es hat sich auf jeden Fall insoweit verändert das wir diese Öffnung ganz nach außen und in den Stadtteil rein fast gar nicht mehr machen. Aber das Eingreifen in den Stadtteil ist mir nach wie vor wichtig, anfangs im Bereich Umstruktuierungpolitik und später im Bereich Drogenpolitik.

Stefan: Ich kenne die Flora auch von Anfang an. Ich fand die Flora zum einen wichtig, weil sie tatsächlich im Zusammenhang stand zu einer Verhinderung des Phantomprojektes und mir das damals wichtig war, eben nicht nur gegen etwas zu sein, sondern auch noch mal eine eigene Perspektive zu öffnen für Vorstellungen von Stadtteilkultur, von einem öffentlichen Ort, der nicht, wie das Phantom es damals sollte, allein unter kommerziellen Kriterien funktioniert. Insofern kann ich nach elf Jahren Roter Flora für mich eine positive Bilanz ziehen. Ich finde, dass wir es geschafft haben zum einen, Formen linksradikaler Politik und kulturelle Veranstaltungen zusammenzubringen. Wenn sich hier auch nicht Punker, Technofreaks und Dubcafebesucher täglich mit der autonomen Antifa in die Arme fallen, ist die Flora trotzdem ein Ort, an dem Politik und Kultur nicht unbedingt nur zwei Sachen sind die nebeneinander herlaufen, sondern die durchaus zusammen gehören können.

Ich finde, dass die Flora mit allem Auf und Ab und auch mit aller Kritik, die auch gerade immer wieder auch von außen geäußert wird, es geschafft hat, sich den üblichen Zwängen solcher Projekte zu entziehen, nämlich sich der Frage zu stellen, ob man nur noch mit bezahlten Stellen die Verantwortungen organisiert kriegt. Wir haben das bis jetzt gut hingekriegt haben und deswegen glaube ich, dass diese elf Jahre unter diesem besonderen Fokus erst mal gute Jahre gewesen sind.

Michael: Ja, ich bin sozusagen auch mehr oder weniger immer von Anfang an dabei gewesen. Am Anfang eher mit meiner politischen Gruppe, da haben wir uns eher so in Florapolitik oder Stadtteilpolitik mit eingemischt. Für mich war Flora natürlich auch zum einen in erster Linie Verhinderung des Phantomprojektes, was ja dann auch geglückt ist, auch wenn es hundert Meter weiter wieder aufgebaut wurde, und zum anderen Widerstand zur Stadtteilumstruktuierung. Eigentlich steht sie für mich auch heute noch als Symbol gegen Umstrukturierung, wobei das natürlich auch immer mehr oder weniger klappt und natürlich auch die Flora immer wieder vor der Frage stand: „Was will sie eigentlich oder in welche Richtung geht sie eigentlich?" Flora ist für mich auch nach elf Jahren alles mögliche, und das heißt auch dadurch dass Flora das ist was die Leute in sie reintragen. Und gerade im Rahmen der ganzen Modernisierung des Schanzenviertels ist die Flora auch noch ein Punkt des Widerstandes. Auch gerade in Sachen Drogendiskussion würde es hier anders aussehen, wenn die Flora nicht wäre.

Norbert: Da möchte ich dir widersprechen. Inzwischen sind wir als Flora ganz klar Teil der Umstrukturierung. Wir ziehen diese offene Koffeinfraktion hierher. Wir haben es nicht geschafft die Umstruktuierung zu verhindern. Die meisten Wohnungen sind saniert und sie werden so saniert dass die meisten Sozialwohnungen rausfallen. Die meisten Gewerbetreibenden, die im größeren Umfang hier gewerblich tätig waren, sind abgezogen. Es gibt fast nur noch den Schlachthof und diese Web- und IT-Branche hier und irgendwelche Läden. Was die Verhinderung der Umstrukturierung angeht, sind wir echt gescheitert.

Anne: Ja, aber trotzallem zeigt die Drogendiskussion und die Tatsache, dass die Vertreibung hier eben nicht stattfindet auch, dass die Flora trotz allem noch ein Störfaktor ist.

Ihr seht die Flora also als Punkt der Offenheit und Ort des Widerstands. Anlass unseres Gesprächs ist ja die neuerliche Vertragsdiskussion. Was würde sich denn ändern, wenn die Flora mit der Stadt einen Vertrag schließen würde?

Anne: Also mir geht's erst mal um die Politikform. Die Flora hat gerade an der ganzen Drogengeschichte eine Politik betrieben, sich gegenüber den Partizipationsgremien zu verweigern, also zum Beispiel an den runden Tischen, die von der STEG organisiert sind, nicht teilzunehmen. Sie hat öffentlich gemacht wie Strukturen wie diese „Schanzenini" oder „Standpunkt Schanze" funktionieren, bei dernen bestimmte Gewerbetreibende teilnehmen, andere nicht gefragt werden, aber nach außen der Anschein erweckt wird man wäre für alle offen und würde alle repräsentieren. Ich finde, der konsequente Weg

einer Politik, wie wir sie bis jetzt betrieben haben, wäre man verweigert sich auch möglichem Vertrags-Gesprächen.

Also eine reine Prinzipienfrage?

Anne: Nee, es ist eine Konsequenz aus einer Politikform die jahrelang betrieben worden ist. Es ist der konsequente Weg dadrin.

Michael: Für dich!

Anne: Ja, für mich, klar!

Stefan: In der Nachfrage, ob das eine reine Prinzipienfrage ist, steckt natürlich schon eine Wertung, nämlich davon auszugehen, dass es unklug ist, auf bestimmten politischen Grundsätzen zu beharren. Das ist diese Gegenüberstellung von unvernünftiger Prinzipienreiterei hier und vernünftiger Realpolitik da. Und ich finde in der Frage, ob die Flora auf so ein Vertragsangebot eingehen soll oder nicht, gehören für mich zwei Punkte klar voneinander getrennt. Der eine betrifft die Flora als Projekt mit seiner Selbstverwaltungsstruktur und Entscheidungsfindungen und dem ganzen Kram, bei dem anderen geht es um die Politik, die die Flora betrieben hat. Da finde ich, klar haben wir nicht die Umstrukturierung- und Standortpolitik in Hamburg verhindern können und auch nicht im Schanzenviertel, aber so im Rahmen unserer Möglichkeiten haben wir zumindestens eine ganze Menge Bewusstseinsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit betreiben können und sind durchaus ein Faktor in den öffentlichen Auseinandersetzungen.

Die Frage von Verträgen ist aber nicht nur eine Frage, die die Organisierung des Hauses berührt, sondern hinter diesem Vertragsangebot steht natürlich auch ganz klar ein politisches Interesse, das die politische Außenwirkung der Flora beschneiden will. Und vor diesem Hintergrund wird das sehr prinzipiell: Sieht man den Vertrag nur als einen Eingriff in die Strukturen oder bewertet man eine Vertragslösung eben doch als Angriff auf unsere Politikinhalte. Und nur wenn man das beides zusammen sieht, wird's dann eben nicht nur eine reine Prinzipienfrage, „Mit denen reden wir nicht", sondern dann geht es auch darum, ein bestimmtes Politikkonzept zu verteidigen für das die Flora steht und das man eben nicht Preis gibt, weil eben Verträge mehr als nur eine organisatorische Veränderung bedeuten.

Norbert: Prinzipiell gebe ich dir recht, aber natürlich mit einem gewissen Aber. Dieses Aber besteht für mich dadrin, dass für mich die Existenz der Flora auf Dauer nicht gesichert werden kann ohne Verträge. Ob sie mit Verträgen gesichert werden kann denk ich auch nicht, weil es wohl sehr schwer wäre, einen Vertrag auzuhandeln, der unterschreibbar ist. Mit oder ohne Vertrag hat die Flora als Gebäude eine gewisse Bedeutung für die autonome Szene in Hamburg. Es garantiert die Möglichkeit relativ viel Geld für die Szene rein zu bekommen. Wir haben die Möglichkeit, große Organisationsplenas zu machen, viele Gruppen können sich hier treffen die sich sonst nirgendwo treffen können. Ich finde, das muss immer mit gesehen werden.

Das finde ich jetzt ein bisschen `obskur. Entweder du gehst davon aus dass es eine Vertragsmöglichkeit gibt unter Bedingungen die du dir vorstellen kannst oder du glaubst gar nicht das es so einen Vertrag gibt, dann ist alles was du hinterher geschoben hast eigentlich nicht zu verwerten. Das ist doch genau die Frage um die es geht. Gibt es im Ernst eine Möglichkeit von vertraglicher Bindung mit der Stadt, die positive Effekte für die Flora haben kann.

Norbert: Also ich glaube es gibt keinen hier der sagt es gibt an einem Vertrag was Gutes. Es gibt bestenfalls einige die sagen, und das ist augenblicklich glaub ich die kleine Minderheit, wir kommen um Verträge nicht drumrum und müssen uns zumindest auf Verhandlungen einlassen, weil sich das besser politisch ausschlachten lässt. Das gilt auch für ein Scheitern der Verhandlungen. Ich glaube nicht das es irgend jemanden gibt der sagt, prima, wir kriegen ein neues Dach und kriegen die Stereoanlage und das ist was tolles und außerdem wird dann die Treppe und der Gehweg auch noch von der Stadtreinigung gereinigt. Ich glaub es gibt niemanden der das als positiv sieht.

Gut, und was würdest du dann anbieten, wo ist deine Schmerzgrenze?

Norbert: Ich hab natürlich keine Paragraphen im Kopf. Aber für mich wär das einzige eigentlich so eine Art Überlassungsvertrag, wie wir den mal hatten, und am liebsten noch über eine dritte Person, die auf den Malediven sitzt und nicht greifbar ist. Ansonsten halt das übliche: keine bezahlten Stellen, kein Eigriff von außen in die oder auf die innere Struktur, kein Eingriff in das äußere Ansehn des Gebäudes was Transparente anbelangt. Das kann ich mir alles nicht vorstellen, dass man das zulassen kann. Das einzige was man vielleicht zulassen kann ist das es saubere Klos gäbe oder neue Auflagen für Rattenfallen oder so.

Michael: Ich bin ja ein Vertreter der sich durchaus erstmal Vertragsverhandlungen vorstellen kann und die Hoffnung nicht aufgibt einen Vertrag zu bekommen der uns politisch handlungsfähig hält. Und ich denke, wir sind im Moment in einer Position, in der noch relativ viel mitzubestimmen ist. Nur weil die Stadt uns jetzt einen Entwurf geschickt hat sollten wir jetzt nicht wie der Hase vor der Schlange sitzen und abwarten was sie machen. Mir wär's natürlich auch lieber ohne Vertrag, dass das so alles weiterläuft, aber ich seh halt keine Zukunft ohne Vertrag. Für mich steht, wenn wir keine Vertragsverhandlung eingehen, am Ende immer die Räumung.

Und hast du dir denn dann schon Gedanken darüber gemacht wie so ein Vertrag aussehn kann?

Michael: Gedanken ja, hab ich mir schon gemacht. Wir waren ja neulich on tour und haben verschiedene Projekte besucht in Süddeutschland. Und mich hat das nur noch mal darin bestätigt, dass vertragliche Lösungen möglich sind. Wir haben uns die Verträge kopiert, die haben teilweise Pachtverträge oder Mietverträge, in denen auch so Klauseln drinstanden, dass z.B. keine Transparente rausgehängt werden dürfen. Sowas haben die dann halt rausgekickt während der Verhandlung. Das ist für mich halt die Frage, in wie weit wir das hier nicht auch umsetzen können, solche Knebelsachen rauszukicken. Zentral bleibt für mich, dass es keine bezahlten Stellen geben wird und auch keinen Modernisierungszwang, also dass wir jetzt unbedingt unsere Fassade anmalen müssen.

Anne: Man kann bei diesen Verträgen, die anstehen, die Drogepolitik nicht raushalten. Im Vertragsentwurf der Stadt wird ja verlangt, dass wir die offene Drogenszene ums Haus vertreiben müssen, wir müssten also selber anzeigen, denunzieren, usw. Diese Kuh wird man nicht vom Eis kriegen. Das ist auch mehr als Spekulation, dass das ein nicht verhandelbares Thema sein wird. Und ich finde da braucht man sich nicht auf Diskussionen einlassen, sondern muss sich verweigern. Ich würde ja gerne eine öffentliche Diskussion lostreten, die dazu führt, dass ganz viele Leute hinter der Flora-Position stehen und dadurch eine Räumung nicht so einfach machbar wäre. Und die dazu führen würde, dass selbst wenn eine Räumung dann laufen würde, die Leute weiter aktiv bleiben. Dann eben nicht mehr schön in einem Haus, sondern schön verteilt über den ganzen Stadtteil. Das wäre für die Gegenseite auch viel schwieriger, und das wissen die auch. Ob das dann tatsächlich läuft, das ist Spekulation, aber das wäre meine Hoffnung dadrin und dann

wären wir erst recht unkontrollierbar, was wir bis jetzt über die Flora im Endeffekt doch immer so ein bisschen auch sind.
Und ganz unabhängig vom äußeren Druck, sind wir einfach schon seit 2 ½ Jahren an Vertragsverhandlungen und ich fände, das wäre mittlerweile einfach für die Flora eine Stärke sich auf eine Position zu einigen.

Ihr seit seid 2 ½ Jahren an Vertagsverhandlungen?

Anne: Ja, intern, es gab in dieser Zeit immer wieder VVs zu dem Thema, nur ein



Vertragsentwurf lag damals noch nicht vor. Wir haben aber in der andauernden Diskussion keinen Konsens gefunden und es ist meiner Meinung nach an der Zeit, sich mal endlich auf einen Weg zu einigen, um überhaupt eine Stärke entwickeln zu können.

Aber bis jetzt sieht das doch mit dieser öffentlichen Diskussion, mit diesem öffentlichen Druck für die Flora ziemlich mau aus. In der Flora köchelt seit zwei Jahren die Diskussion doch ohne Außenwirkung vor sich?

Stefan: Also ich sehe das anders. Dass die Vertragsdiskussion bisher vielfach so schleppend gelaufen ist, liegt daran, dass hier niemand große Sehnsucht nach Verträgen hat. Ich glaube, dass viele Nutzende der Flora erst mal ein funktionierendes Gebäude erleben, eine funktionierende Struktur. Ich denke sogar, nicht wenige glauben, dass wir ohnehin hier irgendwelche Verträge haben und die wissen gar nicht, dass wir hier seit elf Jahren zumindest geduldet sind ohne Verträge. Selbst innerhalb der regelmäßig nutzenden Gruppen hat die Vertragsdiskussion ja bisher keine großen enthusiastischen Beteiligungen ausgelöst, weil's immer als etwas abstraktes empfunden wurde. Es spielt in der Realität in dem alltäglichen Betrieb einfach für uns keine Rolle. Der Laden funktioniert einigermaßen, es läuft hier was über das ganze Jahr, es sind Leute da, die dafür sorgen, dass die Flora eine Außenwirkung hat. Dass diese immer mehr sein könnten versteht sich von selber.
Ich glaube auch, dass im Moment verschiedene Fraktionen auf der Senatsebene agieren. Ich glaube dass das Bezirksamt Altona, in dem Fall repräsentiert durch den Bezirksamtsleiter Hornauer, dass die ganz klar für eine Integrationslösung stehen. Die Betonfraktion in der Politik möchte die Flora durch eine Räumung platt machen, der Bezirk Altona möchte uns platt machen, indem wir sowas wie ein besserer Hippiezoo mit alternativem Kulturanstrich werden sollen. Deswegen hat der Bezirk gegenüber der Flora in den letzten Jahren auch einen Kurs gefahren, der als moderat zu bezeichnen ist. Sie haben immer wieder versucht, den Eindruck zu vermitteln, als wenn es eine Gesprächskultur mit den FloranutzerInnen gibt. Also auch ein bisschen als Schutzbehauptung, um eben auch den Angriffen von rechts Paroli bieten zu können. Diese Gespräche hat es in dieser Form de facto nicht gegeben. Aber es gibt schon von Seiten des Bezirks das Bemühen, da etwas herbeizureden. Und es ist relativ klar, dass der Bezirk Altona jetzt für dieses Vertragsangebot politische Rückendeckung vom Senat bekommen hat, aber schon mit einer Ansage, also ihr könnt das jetzt noch mal im Guten versuchen, sollte aber die ausgestreckte Hand mit der geballten Faust beantwortet werden, dann wird sicherlich auf einer anderen Ebene eine Antwort formuliert werden. Die dürfte dann allerdings auf der Senatsebene, bzw. auf Ebene der Innenbehörde in aller erster Linie liegen. Und dass es dann sehr eng wird, noch mal einen Raum zu öffnen und ein möglicherweise dann anlaufendes Räumungsszenario zu stoppen, ich glaube, dass dann die Chancen täglich oder wöchentlich sinken werden. Zumal ja die CDU bereits angekündigt hat, die offenbar bis jetzt gar nichts weiß von diesem Vertragsangebot, eben ab Januar auch da öffentlich Druck machen zu wollen, indem sie nämlich einfach nachfragen "was ist eigentlich los da im Schulterblatt und was ist denn mit den Versprechungen des Senats eine vertragliche Lösung herbeizuführen". Und dann wird auch die Presse auf der Matte stehen und dann dürfen wir uns sicher sein, dass sich das Thema Flora wieder bald auf den ersten Lokalseiten wiederfindet.
Es ist einfach davon auszugehen, dass die Gegenseite ein zeitlich abgestimmtes Szenario hat und dass die ihre Chancen auf eine Integrationslösung mit Nachdruck ausgeloten. Würden wir überhaupt in Verhandlungen einsteigen, hätten wir erst mal auf jeden Fall Zeit gewonnen. Werden wir das nicht tun, dann werden wir sicherlich eine letzte Frist mit einer entschlossenen Warnung übermittelt bekommen und danach wird tatsächlich eine Dynamik in Gang gesetzt werden, die möglicherweise versucht, das Projekt Flora bis April, Mai irgendwie zu entschärfen, was auch immer das dann im konkreten heißen mag. Der rot-grüne Senat will für die Bürgerschaftswahl den Rücken frei haben. Das ist glaub ich erst mal das Vorzeichen, unter dem jetzt aktuell die Vertragsdiskussionen stehen.

IWenn die Flora sagt, wir gehen nicht in die Verhandlungen, das könnte man ja politisch für viele nachvollziehbar begründen. Wie seht ihr die Möglichkeit den öffentlichen Druck zu schaffen den es dann braucht um das durchzusetzen. Die Angst dass das Gebäude nach einer Räumung weg ist, ist ja nicht aus der Luft gegriffen, sondern die Möglichkeit besteht ja. Also die Frage ist wie ist die Flora unter solchen Vorzeichen zu verteidigen?

Anne: Also erst mal müsste so eine öffentliche Diskussion überhaupt ins Laufen kommen, d.h. es müssen sich erst einmal mehr Leute dran beteiligen. Im Augenblick weiß ich gar nicht ob das Eingreifen von Seiten des Senats nicht für sie nach hinten los geht. Bei einem breit geführtem Diskussusionsprozess wäre ein platter Schnellschuss wie Räumung auch nicht unbedingt wahlkampffördernd. Also ich glaube es muss eine öffentliche Diskussion losgetreten werden wo aber noch nicht klar ist mit wem führt man die, mit wem führt man die nicht, wo sind Bündnispartner.

Also jetzt doch der vielgeschmähten Volksgemeinschaft Schanzenviertel die Hand reichen?

Anne: Nö, nicht unbedingt der Volksgemeinschaft Schanzenviertel. Erst einmal will ich die Florainteressierten in einen Diskussionsprozess einbinden. Diejenigen, die füher Flora gemacht haben und Menschen die heute die Flora auf irgendeine Art und Weise nutzen oder konsumieren.

Michael: Das ist jetzt ja gerade das Problem: Wie geht man überhaupt nach außen? Sagt man jetzt wir wollen keine Verträge, was die meisten Menschen wohl nicht verstehen werden? Also ich glaub so das Liberallala-Spektrum wird schon sagen: Warum macht ihr keine Verträge? Die Herrschenden stehen auch unter Druck, das unter Dach und Fach kriegen zu müssen und würden auch ziemlich viele Zugeständnisse machen. Die Hafenstraße ist ja auch nicht ohne Verträge durchgesetzt worden sondern da war auch immer der Tenor Verträge und nicht räumen. Niemand wird für uns auf die Straße gehen und fordern: „Keine Verträge für Flora und trotzdem Erhalt", sondern Bestandssicherung für Flora über Verträge.

Stefan: Also wir sind auch nicht mehr 1987 zu seligen Hafenzeiten, was den gesellschaftlichen Rahmen angeht. Dazu kommt, dass die Flora ja schon mal Vertragsverhandlungen geführt hat. Wir haben von den gescheiterten Verhandlungen 1992/93 eine relativ authentische und auch umfangreiche Erfahrung. Wir durften damals direkt mit der Senatorin verhandeln und die Flora als Projekt hat von daher das politische Wissen darum, was für eine Dynamik Vertragsverhandlung auch bedeuten; wie sehr man da ins Schwimmen gerät, weil eben genau diese Mechanik der Salamitaktik greift. Man fängt halt an, bestimmte Sachen zur Verhandlungssache zu machen und in dem sie dann Verhandlungsmasse sind, muss man auch möglicherweise Abstriche machen. Und wenn man erst mal in diesem Prozess drin ist, dann wird es schwer, nach der Logik des kleinsten Übels nicht doch die eine oder andere Kröte zu schlucken, um das imaginäre und vermeintlich große Ganze zu retten. Ich befürchte, dass wir dieser Dynamik als politisches Projekt überhaupt nicht gewachsen sind, nämlich weil eben gerade nicht mehr 1987 ist.

Und zur Frage der Öffentlichkeit sage ich mal provokant: Mir ist an einigen Punkten die Öffentlichkeit egal. Die Flora hat sich tatsächlich, da mein ich den vorhin gefallenen Begriff der Viertelvolksgemeinschaft, im Zusammenhang mit der ganzen Drogenproblematik ja nicht ohne Grund sehr bewusst im Widerspruch zur Mehrheitsstimmung im Stadtteil gestellt. Das fand ich auch damals richtig. Und ich finde, dass nun gerade die Frage nach Verträgen ein ureigenstes Problemfeld unserer politischen Vorstellungen von Selbstorganisation berührt. Ich fände es an diesem Punkt richtig, sich möglicherweise in den Widerspruch zu einer Mehrheitsstimmung zum Beispiel im Viertel zu setzen. Sonst wäre das der Sieg einer Logik, die eine Grünen-Bewegung von außerparlamentarischer Opposition in den 70ern über den Einmarsch in den Bundestag in den 80er Jahren bis hin zum Kosovo-Krieg geführt hat. Das ist die Logik einer Biographie von Grünenpolitikern wie Angelika Beer oder Jürgen Trittin und ich finde, dass die Flora – es geht jetzt hier nur um einen strukturellen, nicht um einen inhaltlichen Vergleich – an dem Punkt mal ein bisschen politische Reflexion walten lassen und sich so einer Integrationsfalle verweigern sollte. Das mag dann im öffentlichen Diskurs als Prinzipienreiterei, als "Mit-dem-Kopf-durch-die-Wand-gehen-wollen" denunzierbar sein, aber ich finde, dann muss ein Projekt wie die Flora auf dieser Ebene gegen die Wand fahren, weil in der Verweigerung mehr Politikfähigkeit letztendlich liegt, als in dem Versuch mitzuspielen und zu glauben, man könne hier irgendwie mit dem Kalkül des kleinsten Übels hier irgendwas retten, um eine Minimalstruktur am Leben zu halten. Ich halte das für den falschen Weg.

Anne: Bist du jetzt gegen Öffentlichkeit?

Stefan: Mir ist die Öffentlichkeit nicht so wichtig. Ich bin natürlich dafür dass wir mit dem wofür wir inhaltlich stehen auch nach außen treten, dafür auch werben. Aber die Reihenfolge ist mir wichtig. Es nützt nichts über Öffentlichkeit zu reden, wenn nicht klar ist was wir der Öffentlichkeit eigentlich erklären wollen.

Michael: Was du gerade gesagt hast, behauptet in uns allen stecke so ein kleiner Grüner oder ne kleine Grüne. Das würde ich natürlich vehement bestreiten. Ich war nie in einer Partei und hab immer autonome Politik gemacht und dementsprechend sehe ich meine Zukunft auch ein bisschen anders, oder erhoffe sie mir anders. Auch wenn ich vielleicht erstmal sage, ich geh vielleicht auch Verträge ein, habe ich immer noch die Hoffnung, mir politisch auf dieser Ebene treu zu bleiben. Dann cancel ich lieber das Projekt weil sie zu dritten mal das Transparent draußen abgenommen haben oder wir die Gehsteige nicht anmalen durften oder was auch immer. Selbst wenn in einem Vertrag steht, man darf nichts raus hängen, dann hängt man trotzdem was raus und dann kuckt man halt, wie sie drauf reagieren

Stefan: Entschuldige, aber du gibst damit die Frage über die Zukunft des Projektes ab, die Handlungsinitiative spielst du dann der andern Seite zu, indem du sie dann immer entscheiden lässt eskaliert sie jetzt an den Vertragsbedingungen oder tut sie es nicht. Und das find ich sehr defensiv, weil das in Hausmeisterei und in hektischen Plena endet, ob wir nicht doch das Transparent "Stört die öffentliche Ordnung wo ihr sie trefft" lieber umformulieren sollen. Ich hab das Gefühl, im Grunde stehn wir da an einem ähnlichen Punkt, nämlich zu sagen wir sind nicht käuflich und im Zweifelsfall lass ich's lieber knallen. Aber was ich oft in den aktuellen Diskussionen nicht nachvollziehen kann ist, warum dieser Punkt so spät, also hinter den Vertrag verlagert wird, der sowieso nicht unser Terrain ist. Und warum man dann nicht sagt, für uns ist der Vertrag an sich schon die Schmerzgrenze und nicht erst die Klauseln, über die wir dann vielleicht in einem halben Jahr abgeblich das Projekt schwer knallen lassen. Für mich ist jetzt der Punkt zu sagen "Aus die Maus" und jetzt ist der Punkt wo wir sagen: "Bis hierher und keinen Schritt weiter".

Anne: Und wenn du sagst, „So jetzt ist hier aber meine Grenze erreicht", dann sitzen vielleicht noch andere Leute hier die sagen, „Da ist aber meine Grenze noch nicht überschritten". Dann fängt es spätestens da an, dass Leute sich rausziehn, weil's dann eben doch nicht knallt. Und dieser Weg dann irgendwann eben doch ein stinknormales, mit bezahlten Stellen funktionierendes Stadtteilkulturzentrum zu sein, liegt meiner Ansicht nach sehr nahe.

Norbert: Aber wie machen das andere Zentren? Ich war jetzt nicht auf dieser Reise, aber es gibt autonome Zentren die mit Verträgen funktionieren. Das möchte ich bevor ich mich gegen Verträge ausspreche und endgültig entscheide noch mal anhören, wobei ich ja Verhandlungen immer noch als eine taktische Komponente sehe.

Anne: Aber es gibt doch einen Unterschied zu vielen Zentren die von Anfang an Verträge hatten und nicht über Besetzung entstanden sind. Bei denen die über Besetzung entstanden sind und nun Verträge haben, hat es immer Spaltungen gegeben

Michael: Ja, aber Spaltungen gibt es doch hier auch ohne Vertrag. Also zum Beispiel

die Diskussion kriminalisierbare Transparente. Da war auch die Befürchtung geäußert worden dass sie deswegen vielleicht durchs Haus rockern, um das abzunehmen. Die Diskussion haben wir so oder so. Generell haben wir hier Diskussionen mit oder ohne Vertrag und spalten tun sich hier auch Leute ohne Vertrag, gehen Leute auch frustriert raus. Und auch die Diskussionen um was können wir machen, was können wir nicht machen, führen wir schon jetzt.

Stefan: Aber der Unterschied darin ist, dass wir im Moment über Fragen reden, ob es taktisch richtig ist, irgendein super kriminelles Transparent rauszuhängen. Aber dann ist es aber unser Entscheidungsprozess, der nicht über Druck entsteht. Das ist doch ein Unterschied zu einer Diskussion, weil's die Klausel 10.2 im Vertrag gibt und wir deswegen die Schere im Kopf haben. Und die Frage mit den anderen Zentren, will ich nur kurz einwerfen, wir sind hier nicht in Reutlingen, wir sind hier auch nicht in Frankfurt, wo's sowieso nur diesen einen Ort linksradikaler Politik gibt, und ich finde das setzt dort eine ganz andere Kraft frei, auch mit Verträgen was hinzukriegen. Die Flora von vor 6/7 Jahren, die konnte ich mir auch mit Verträgen vorstellen, weil ich den Eindruck damals hatte, dass es eine große Gruppe von radikal denkenden Leuten gibt, die auch unter Verträgen autonome Politik betreiben. Ich muss ganz ehrlich sagen, die Flora hat sich verändert und mit ihr die Konsistenz der Leute die die Flora aktiv tragen. Ich hab da einfach Sorge, ob wir dieses standing gegenüber Vertragsverhandlungen überhaupt haben und uns eben doch langsam verkaufen würden. Es gibt ja nun mal in Hamburg auch andere Orte der Infrastruktur, die auch ohne Flora nutzbar sind. Und es ist ja nicht so, ist die Flora weg, ist Hamburg ohne Ort für die autonome Szene. Das ist ein wichtiger Unterschied zur Situation in anderen Städten.

Hältst du es denn für realistisch, dass es eine Struktur gibt die die Verhandlung führt?

Michael: 1992 wurde uns ja eine Frist von sechs Wochen zur Vertragsunterzeichnung gesetzt. Auf diesen Erpressungsversuch, der uns ganz wild und hektisch auf den Tisch flatterte, hatten wir dann genauso hektisch reagiert und beim ersten Treffen war alles super chaotisch. Und dann hat sich doch irgendwie alles wieder beruhigt und die Verhandlung dauerten dann ja doch ein halbes Jahr. Vielleicht hoffe ich ein bisschen auf sowas ähnliches, dass sich schon wieder so eine Struktur findet und wir's so machen könnten wie damals. Klar ist, dass der Verein nicht Diskussionspartner ist, sondern das Plenum oder die Vollversammlung. Und dahin wird auch alles zurück getragen und darum dauert's auch ein bisschen länger. Und welche Leute unterschreiben könnten, ja das ist natürlich eine Frage. Darüber hab ich mir schon viel nen Kopf gemacht, aber konkret würd ich jetzt natürlich keine Personen sagen. In andren Zentren hab ich's erlebt, da wird das sehr lax gehandhabt, da gibt's teilweise den Vereinsvorstand, der ist aber den Leuten, die da was machen, nicht namentlich bekannt. In nem andern Zentrum muss der Vorstand auf jeden Fall im Kasten mit aktiv sein und dann haben die da noch irgendwelche Ehrenvorstandsmitglieder, das sind dann Leute von außerhalb.

Wie soll denn nun eine Flora-Position formuliert werden?

Michael: Eigentlich gilt ja das Konsensprinzip in der Flora. Aber mir ist zu Ohren gekommen dass auf der letzten VV wohl das Mehrheitsprinzip das Konsensprinzip ablösen soll.

Bei zwei so lange gegeneinander stehenden Positionen scheint ja auch das Konsensprinzip eher unsinnig zu sein.

Michael: Also ich glaub kaum dass es dahin kommen kann dass zwei Positionen nach außen treten können, die eine für, die andern gegen Vertragsverhandlungen. Das wär ja auch fatal.

Anne: Also, erstmal ist ja noch nichts entschieden worden bei der letzten VV. Es ist nur ein Meinungsbild erstellt worden, bei dem die überwiegende Mehrheit gegen Verträge war. Wenn das bei so einem Meinungsbild bleibt, sollte man das auch als politischen Willen formulieren. Dann müssen halt die Leute die wirklich dagegen sind und in der Minderheit waren sich überlegen wie sie damit umgehen wollen.

Und die Minderheit muss sich dann überlegen wie sie damit umgeht? Auch auf die Gefahr hin dass die dann rausgehen?

Anne: Klar, am liebsten wäre mir wenn sie den andern Weg auch mit unterstützen könnten, ansonsten nicht blockieren würden, nicht eine andere Art von Gegenöffentlichkeit lostreten. Wenn Leute rausgehen finde ich das immer sehr schade und nicht wünschenswert, aber es ist auch eine Konsequenz.

Stefan: Ich finde wir müssen eine Entscheidung fällen, ich finde auch die Formulierung "politischer Wille" eigentlich ganz gut. Weil ich glaube, wenn die Flora an so einem zentralen, entscheidenden Punkt zu keiner eigenen Position kommt, dann find ich, muss man die Qualitäten dieses Projektes ganz grundsätzlich in Frage stellen. Ich hoffe das eine Entscheidung in welche Richtung auch immer, gerade nicht dazu führt, dass Leute das Gefühl haben, sie müssen jetzt gehen. Mir geht das so, dass, obwohl ich gegen Verträge und Vertragsverhandlungen bin, für mich erst mal dadrin ja nicht ein persönliches Misstrauen gegenüber den Leuten besteht, die für diese Position stehen, sondern ich finde das erst mal eine politische, inhaltliche Frage. Ich kenne die Argumente für Vertragsverhandlungen genauso, ich hab sie vor acht Jahren selber vertreten und auch meine praktische Konsequenz gezogen, in dem ich mich daran beteiligt habe. Ich glaube, ich würde diesen Prozess von möglichen Verhandlungen auch erst mal begleiten können im Sinne von einfach sehen, was da läuft. Und ich vermute; wenn ich die Position derer, die verhandeln, ernst nehme, dass wir uns möglicherweise wieder an einem Punkt treffen, wenn die Verhandlungen scheitern. Und dann gäb's für mich einen Grund, dann für die Konsequenzen, die aus gescheiterten Verhandlungen entstehen, einzutreten. Ich hoffe halt, dass diese Offenheit bei allen Beteiligten erstmal besteht, der jeweils anderen Position eine Chance zu geben. Ich hoffe einfach dass die Entscheidung nicht zu einer Spaltung im Projekt, sondern zu einem offenen Prozess führt, dass man auch erst mal weiterhin zusammen den Weg gehen kann und das dann an andern Punkten entscheidet. Ich finde aber auch, dass eine Entscheidung gegen Verträge eine Menge Optionen offen lässt. Ich bin mir zum Beispiel nämlich noch nicht im Klaren ob das ein Räumungsszenario sein muss, sondern ich finde es auch ne Überlegung, wenn es Gruppen gibt die noch nicht in der Flora aktiv sind, die sich vorstellen können diesen Raum hier auch zu nutzen, auch unter vertraglichen Bedingungen, dann ist das auch eine Option das noch mal auszuloten.

Norbert: Das versteh ich jetzt nicht

Anne: Na, Schlüssel abgeben

Stefan: Ja, Schlüssel abgeben. Dann müssen einfach andere Leute diesen Ort Flora weiterführen. Dann sind wir das eben nicht mehr. Ich finde diese Zwangsläufigkeit eines Räumungszenarios sehe ich so auch einfach nicht. Das wäre auch ein Diskussionsprozess, den man dann szeneöffentlich führen müsste. Und da hätte ich auch nicht das Gefühl, das ist dann Leichenfledderei.

Vielen Dank für dieses Gespräch.

Prag 2000

Infos zu den Protesten gegen das IWF/Weltbanktreffen in Prag

Vom 26.9.-29.9.2000 fand in Prag das jährliche Gipfeltreffen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank statt. Beide Institutionen arbeiten eng zusammen und spielen eine zentrale Rolle in der neoliberalen kapitalistischen Weltordnung. Sie vertreten die Interessen einer kleinen profitgierigen Elite aus den reichsten Ländern der Welt auf Kosten der breiten Weltbevölkerung und der Umwelt. Sie sind verantwortlich für den Tod und das Elend von Millionen von Menschen. Sie gehen über Leichen.

Um gegen die profitgierige und ausbeuterische Politik des IWF und der Weltbank zu protestieren und deren Treffen zu stören, reisten Tausende von Menschen aus der ganzen Welt nach Prag. Nach offiziellen Angaben sollen es 12.000 DemonstrantInnen gewesen sein, einige berichten von 20.000. Die massiven und vielfältigen Proteste führten schließlich zu einem vorzeitigen Abbruch des IWF/Weltbank-Gipfels!!

Die Herrschenden versuchten mit allen möglichen Mitteln den enormen Widerstand zu brechen und einzuschüchtern. Sie reagierten mit einem riesigen, kriegsähnlichen Polizeiaufgebot (ca. 11.000 Polizisten, davon 2500 Zivis (!) und 6000 Soldaten), starker Repression und einer massiven Medienhetze, um den Widerstand von Tausenden von Menschen zu diffamieren, zu kriminalisieren und die Gründe der Proteste sowie die ausbeuterische Politik des IWF und der Weltbank zu vertuschen.

Bereits vor dem Beginn der Proteste warnten die Medien die tschechische Bevölkerung vor den anreisenden „randalierenden GewalttäterInnen" und forderten sie auf, Prag in diesen Tagen zu verlassen. Schulen wurden geschlossen und die tschechischen Polizisten zur Schulung in die USA geschickt. Die deutsche Polizei hatte der tschechischen Polizei Gas und andere „Bekämpfungsmittel" geliehen und verschiedene Länder verschickten Namenslisten von potenziellen „GewalttäterInnen" an die tschechische Polizei.

Zahlreiche IWF/Weltbank-GegnerInnen wurden schon an der Grenze stunden- und tagelang festgehalten und schickaniert, so z.B. der Zug mit rund 1000(!) DemonstrantInnen aus Italien oder mehrere Busse aus Spanien. Einige sind gleich an der Grenze zurückgeschickt worden. Fünf Tage vor der Demonstration ist diese verboten worden!

In den Tagen vor dem Kongreßbeginn gab es bereits vielfältige und einfallsreiche Aktionen, eine Art Gegengipfel mit Vorträgen und Diskussionen, Widerstandskunst und viel Musik auf den Straßen, Malen von Transpis und Vorbereitungen auf die Demo, auf verschiedene Akionen für den 26.9. (Beginn des IWF-Gipfels), Besorgen von Gasmasken zum Schutz gegen Tränen- und Pfeffergas usw. Das Zusammentreffen von Massen von Menschen aus der ganzen Welt, die für das Gleiche kämpfen und die gemeinsamen Vorbereitungen auf vielfältige Widerstandsaktionen erzeugten eine unbeschreibliche solidarischeKraft.

Am 26.9. schließlich zogen drei gigantische Demozüge (blau, pink und gelb) von verschiedenen Richtungen aus zum stark bewachten Kongreßzentrum. Der blaue Block schob eine riesige blaue Weltkugel vor sich her (die später ein guter Schutz gegen Wasserwerfer sein sollte) und bestand zum großen Teil aus AnarchistInnen verschiedener Länder.

Der pinke Block wurde von einer vielköpfigen Sambaband und DemonstrantInnen in beeindruckenden pinkfarbenen Vogelkostümen und anderen Verkleidungen angeführt.

An der Spitze des gelben Blocks, der sich die große Hauptbrücke zum Kongreßzentrum vornahm, war die Ya Basta-Gruppe, gut ausgerüstet unter weißen Overalls und mit Helmen auf den Köpfen zum Schutz gegen prügelnde Bullen. Sie wollten um jeden Preis durchkommen- aber es war einfach unmöglich, denn die kilometerlange Brücke war voller Polizeibusse, Wasserwerfer und Robotcops mit Gasmasken, bereit zum Angriff. Am Eingang der Brükke stand ein riesiger Panzer. Es gab ein stundenlanges Vor-und -Zurück, was ziemlich frustrierend war. Die Polizei attackierte die vordersten Reihen mit Schlagstöcken und Tränen- und Pfeffergas.

Währenddessen begann eine bittere Schlacht zwischen Teilen des blauen Blocks und den Spezialeinheiten der Polizei, den Ultras (URNA) statt. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Gas ein und fing an zu knüppeln. Es flogen Steine und es brannten Barrikaden aus Müll, Wellblech, Autowracks und anderem Material. Die Polizei warf Steine zurück auf die DemonstrantInnen und warf Gasgranaten und Knallkörper in die Menge.

Es gab viele Verletzte, einige kamen mit Kopfverletzungen, Brüchen etc. ins Krankenhaus. Etliche Unbeteiligte, darunter auch JournalistInnen und PhotographInnen wurden von Polizisten verletzt. Trotzdem berichteten und zeigten die Medien fast ausschließlich verletzte und defensive Polizisten und steinewerfende DemonstrantInnen.

Irgendwie schaffte es dann der pinke Block trotz massiven Polizeiaufgebots tatsächlich das Kongreßgelände zu erreichen. An den Zaunsperren griff auch da heftig die Polizei an und knüppelte selbst auf Köpfe sitzender Menschen. Total ungeschickt und blind war dabei das Verhalten einiger aus dem blauen Block, der später zu dem pinken Block dazustieß, als diese Konfrontationen mit der äußerst aggressiven Polizei provozierten, wofür dann die sitzenden DemonstrantInnen die Konsequenzen tragen mußten.

Im Großen und Ganzen war die Demo aber ein Erfolg. Das Kongreßzentrum war stundenlang von DemonstrantInnen umzingelt und die Zugänge blockiert.

Direkt danach kam es zu einer erfolgreichen Blockade der Oper, wo die IWF-Delegierten sich abends unterhalten sollten. Sie kamen nicht durch! Die Oper wurde abgesagt.

Darauf folgten zahlreiche spontane Blokkaden an verschiedenen Orten: vor Hoteleingängen, vor dem „Bankett", wo das Festessen stattfinden sollte, Delegiertenbusse wurden von IWF-GegnerInnen zurückgehalten und am Wegfahren gehindert usw.

Schließlich kam es am späten Abend zu dem Banken- und McDonalds-Smash - leider mit verhehrenden Folgen. Es ist immer noch ungeklärt , wieviele Zivilpolizisten daran beteiligt waren. Einige sind z.B. beim Sammeln von Steinen gesehen und später bei Verhaftungen und auf Polizeiwachen als Polizisten wiedererkannt worden.

Als die Scheiben von ein paar Leuten eingeschmissen und kaputtgeschlagen wurden, verhafteten Spezialeinheiten der Polizei massenweise alle, die sich in der Nähe befanden und eventuell IWF-GegnerInnen sein könnten - und das auf brutalste Weise und noch Stunden danach. Unter den Verhafteten befanden sich selbst

völlig Unbeteiligte, wie einige nichtsahnende SchülerInnen oder die ukrainische Frau, die bis heute noch unter Anklage im Knast festgehalten wird, wo sie brutal von Polizisten mißhandelt wurde.

Die ganze Nacht über und auch am folgenden Tag wurden permanent Menschen verhaftet, oft einfach in Straßen, beim Einsteigen in eine Straßenbahn, beim Einkaufen, beim Verlassen von Kneipen oder auf dem Nachhauseweg ohne Begründung von den Spezialtrupps der Polizei eingefangen, zu Boden geworfen, verprügelt und abtransportiert.

Zu der Demo am folgenden Tag, dem 27.9. sind schon erheblich weniger Menschen gekommen. Inzwischen waren schon ca. 900 verhaftet, einige auf dem Weg zur Demo. Viele sind abgereist und andere blieben aus Angst vor Verhaftungen in den Camps.

Das Innenministerium hatte schon vor, einen Notstand auszurufen, um den längst gescheiterten IWF-Gipfel zu retten, überlegte es sich aber im letzten Moment doch noch anders.

Die Demonstration selbst war stundenlang am Namesti Miru (Friedensplatz!) eingekesselt, alle Straßen- und Metrozugänge von den brutalen Ultra-Polizisten gesperrt. Alle, die den Platz dann noch erreichen oder verlassen wollten, wurden kontrolliert und brutal durchsucht. In der Regel ist niemand mehr rein- oder rausgekommen. In einigen Fällen sind DemonstrantInnen beim Durchsuchen äußerst brutal mit engen Plastik-Handschellen im Rücken von den Riot-Polizisten zu Boden geworfen und dann heftig zusammengeschlagen und getreten worden. Wenn sich dann jemand einmischte, weil ein Bulle zum wiederholten Mal seinem Opfer ins Gesicht treten wollte, wurde er oder sie auch gleich mit verhaftet.

Nach der Auflösung des Kessels versammelten wir uns auf dem Platz des Namesti Miru um zu besprechen, was wir angesichts der massiven Repression tun konnten. Die Stimmung war ziemlich deprimierend.

Es kamen die ersten Nachrichten von den vielen Gefangenen. Die Informationen waren niederschmetternd:

* die Gefangenen waren von der Außenwelt total abgeschlossen. In der Regel konnten sie weder telefonisch jemanden benachrichtigen noch wurden neutrale BeobachterInnen (nicht einmal die vom Präsidenten Vaclav Havel geschickten) in die Knäste reingelassen. An ÜbersetzerInnen und AnwältInnen war gar nicht zu denken.
* Persönliche Gegenstände wurden den Verhafteten weggenommen oder zerstört, insbesondere Photoapparate und Handys.
* Die wenigsten bekamen Essen und Wasser zu trinken oder nur in sehr geringen Mengen und erst nach vielen Stunden (in einem Knast zum Beispiel ein Glas Wasser für 8 Personen!), viele mußten Essen und Wasser bei den Polizisten bezahlen.
* Gefangene wurden am Schlaf durch Psychoterror der Polizisten gehindert und mußten die Nacht in überfüllten (z.B. 22Personen in einer 4m"-Zelle!) oder sehr kalten Zellen teilweise sitzend oder stehend verbringen, einige auch draußen im Gefängnishof.



* Es wurde berichtet, daß in vielen Polizeiwachen und Gefängnissen Gefangene von brutalen Polizisten geschlagen, gedemütigt und psychisch und physisch mißhandelt wurden.
* Die Gefangenen bekamen keine Medikamente, selbst schwer Verletzten wurde medizinische Versorgung verweigert.
* Die meisten der nicht tschechischen Gefangenen sind in den Abschiebeknast Balkova außerhalb von Prag gebracht worden, von wo aus sie zur Grenze abgeschoben und des Landes verwiesen werden sollten. Andere wurden zum Teil ebenfalls in Knäste außerhalb von Prag verschleppt.

Es wurde beschlossen, am gleichen Tag noch den bekanntesten und zentralsten Ort, die Karlsbrücke, zu besetzen, um auf die Situation der massenweise verhafteten IWF-GegnerInnen, die Repression durch die tschechische Polizei und die dieses vertuschende und manipulierende Medienhetze aufmerksam zu machen und so Druck auszuüben. Keine Demonstration war zu dieser Zeit möglich, schon gar nicht zu den Knästen.

Außerdem wurde für den nächsten Tag ein Treffen vor dem Innenministerium verabredet, um gegen die Zustände in den Gefängnissen und die willkürlichen Massenverhaftungen zu protestieren und die sofortige Freilassung der Gefangenen zu fordern.

Wir waren erschöpft und entmutigt. Und dann kam die erfreuliche Nachricht, die viele zuerst gar nicht glauben konnten:

Der IWF erklärte öffentlich, der Kongress sei vorzeitig abgebrochen worden!

Wir hatten es trotz allem geschafft!

Aufgrund der Drohungen der Polizei uns alle zu verhaften, wenn wir uns auf der Karlsbrücke versammelten, verlagerte sich die Versammlung auf den Altstadtplatz Staromestske Namesti. Der Platz war voll von DemonstrantInnen, vielen Zuschauenden und Zuhörenden. Hier waren nur einige der harmlosen Polizisten da (zumindest in Sichtweite) und selbst die Presse und das Fernsehen sind gekommen, obwohl diesmal nichts auf mögliche Krawalle hindeutete. Es war eine seltsame aber auch sehr kraftvolle Mischung aus Siegesfeier, erster Information der Bevölkerung über die menschenverachtende, profitgierige Politik des IWFund der Weltbank (also über die Gründe unserer Proteste) und dem verbitterten Anprangern der Kriminalisierung und der massiven Repression. Einige hatten sich Schilder umgehängt, auf denen stand: „Auch ich bin ein/e DemonstrantIn. Warum verhaften Sie mich nicht?"

In der Mitte des Platzes spielte eine Sambaband, die alle paar Minuten unterbrochen wurde durch kurze Darstellungen der Tatsachen und Kommentare von verschiedenen Personen.

Leider bekam das Ganze einen bitteren Beigeschmack: wohl wegen der permanenten Medienhetze und der gleichzeitig immer schärfer werdenden Repression durch die Polizei konnte bei einigen RednerInnen eine Spaltung zwischen den „guten, friedlichen" DemonstrantInnen, die zu Unrecht verhaftet wurden und den „bösen, gewaltbereiten" herausgehört werden. Glücklicherweise kam dann ein Inder zu Wort, der sagte: „In meinem Land sterben jeden Tag 17.000 Kinder wegen der Politik von IWF. Was ist dagegen ein Steinwurf gegen eine Fensterscheibe?"

Am 28.9. vor dem Innenministerium fand eine harmlose Sitzblockade statt, um die Freilassung der fast 1000 Verhafteten zu fordern. Die Polizei drohte zynischerweise, alle Versammelten zu verhaften, wenn sie nicht sofort auf die Wiese hinter dem

Gebäude umziehen würden, wo sie von der großen Straße aus nicht zu sehen wären.
Es entstand eine nervöse Verwirrung. Die Gruppe von ein paar hundert Menschen spaltete sich: einige zogen um hinter das Gebäude, andere blieben am Ort und andere standen unentschlossen an einer Seite des Gebäudes. Die Spezialeinheiten der Polizei trennten die drei Untergruppen voneinander. Am Ende waren erneut 70 Personen verhaftet.
Am nachmittag wieder eine Demonstration gegen Polizeibrutalität und Repression durch die Innenstadt. An diesem und auch an dem darauf folgenden Tag fanden außerdem Mahnwachen statt.
Abgesehen von den wenigen schockierten PassantInnen, die selbst ZeugInnen von Polizeibrutalität waren, waren immer mehr BürgerInnen den DemonstrantInnen gegenüber feindselig eingestellt. Immer öfter war zu hören: „Go home!“ und „You destroyed our city!“. DemonstrantInnen wurden auf der Straße angespuckt. Die Medien fuhren fort mit ihrer Hetze, zeigten Bilder von zerschlagenen Fensterscheiben und berichteten immer noch von verletzten Polizisten und „aggressiven IWF-GegnerInnen“ - kein Wort von den Massenverhaftungen oder Mißhandlungen durch die Polizei - und das wurde immer deutlicher zu spüren.
Die Proteste waren trotz alldem ein großer Erfolg. Die Delegierten des IWF und der Weltbank waren gezwungen ihren Kongreß abzubrechen. Immer mehr Menschen wehren sich gegen die ausbeuterische verlogene Diktatur solcher Institutionen, die das Leben aller nach ihren Regeln bestimmen wollen.
Während der Proteste am 26.9. in Prag fanden auf der ganzen Welt solidarische Aktionen statt: in Madrid, Lissabon, Moskau, Kiev, Wroclaw, Washington, New York, Seattle, San Francisco, Sydney, Upsala, Stockholm, Mumbia (Indien), Dakka (Bangladesch) - um nur einige zu nennen. Seit den Protesten in Seattle kam es außerdem in 13 sogenannten Entwicklungsländern zu mindestens 50 Protestaktionen und Riots gegen die Politik des IWF.
Die Herrschenden reagieren immer heftiger mit Manipulation der Informationen durch Medien, Kriminalisierung und Repression. Ein starkes Mittel dagegen ist unsere Solidarität.
Und Solidarität brauchen jetzt dringend die Gefangenen in Prag, die immer noch nicht freigelassen wurden und immer noch in den Knästen von brutalen Polizisten mißhandelt werden. Einige werden immer noch vermißt. Die Polizei und die Gefängnisleitungen geben keine Auskunft zu diesen Personen. Oft heißt es, einE GefangeneR sei angeklagt und hätte eine Straftat zugegeben oder wünsche keinen Kontakt mit der Botschaft. Solche Unterschriften wurden meistens unter Folter, Drohungen oder falschen Versprechungen erzwungen und die Papiere oft in einer Sprache geschrieben, die die Angeklagten nicht verstehen.
Inzwischen häufen sich erschreckende Berichte freigelassener Menschen über das unbeschreiblich brutale Vorgehen der tschechischen Polizei gegen Gefangene. Einiges wurde hier schon erwähnt. Trotzdem - so widerlich es auch ist - werde ich noch einige drastische Vorfälle nennen, vor allem um deutlich zu machen, wie wichtig es ist, die immer noch Gefangenen dringend zu unterstützen:

* Gefangene berichteten, daß ihre Gesichter wiederholt gegen Wände und Tische geschlagen wurden, daß Polizisten sie in den Magen und ins Gesicht geschlagen und getreten hatten.
* Gefangene wurden gezwungen bei den Mißhandlungen anderer zuzusehen.
* Gefangene wurden zusammengeschlagen und danach gezwungen, auf Händen und Füßen zu kriechen.
* Einigen Männern wurde zwischen die Beine geschlagen und getreten.
* Einige Gefangene wurden gefesselt und dann mißhandelt.
* Sexistische Übergriffe gegen Frauen wurden bekannt. Verhaftete Frauen wurden von Polizisten nicht „nur“ geschlagen und psychisch terrorisiert, sondern oft zusätzlich sexistisch entwürdigt, bedroht und mißhandelt.
* Frauen wurden in vielen Fällen von männlichen Polizisten gezwungen, sich auszuziehen und vor ihnen oder vor männlichen Gefangenen entwürdigende „Übungen“ zu vollführen.
* Gefangene berichteten, daß schwarze, israelische und auch tschechische Gefangene besonders schwer mißhandelt und länger festgehalten wurden.
* Es gab viele Fälle von durch Mißhandlungen gebrochenen Armen, Fingern, Rippen, Nasen und rausgebrochenen Zähnen.
* Eine Frau sprang aus dem Fenster des 1. (oder 2.) Stocks eines Polizeipräsidiums, um ihren Folterern zu entkommen und liegt bis heute mit einem gebrochenen Bein und gebrochener Hüfte im Krankenhaus.

Die Infos des EA-Berichts aus der vorletzten Zeck, nicht tschechische Gefangene wären schlimmer betroffen, stimmen nicht!!! Im Gegenteil! Für die tschechischen Gefangenen ist die Situation besonders schlimm, da es dort kaum kritische Öffentlichkeit gibt, die ihre Lage thematisieren würde. Viele aus der ohnehin kleinen Szene sind selbst verhaftet oder der täglichen Repression und Diffamierung ausgesetzt, die für andere mit dem Verlassen der Tschechischen Republik aufgehört hat. Die tschechischen Medien haben wochenlang eine massive Hetze betrieben und den Widerstand kriminalisiert. Tschechische AktivistInnen oder auch solche, die danach aussehen könnten, sind weiterhin Tag für Tag heftiger Repression ausgesetzt. Sie müssen die Feindseligkeit der durch die Medien aufgehetzten Bevölkerung ertragen und Racheakte sowohl von den dort umher wütenden Nazis als auch von den brutalen Bullen befürchten. Was das gerade für die tschechischen Gefangenen bedeutet, ist ja wohl klar. Und nach ihnen fragt keine Botschaft und ihre Angehörigen werden wohl auch kaum genug Westgeld haben, um Anwaltskosten u.a. zu bezahlen. Von den gefangenen oder irgendwohin verschleppten TschechInnen rückt die Polizei so gut wie keine Infos heraus. Bis jetzt ist nur von einem bekannt, daß er irgendwo im Knast ist und angeklagt wurde.
Ähnlich schlimm sieht die Situation der Gefangenen aus anderen osteuropäischen Ländern aus wie Kroatien, Polen, Rumänien und vor allem Ukraine. Menschen aus diesen Ländern haben sowieso mit dem tschechischen Rassismus zu kämpfen, der sich gerade gegen sie richtet (nicht etwa gegen Deutsche oder AmerikanerInnen!) und ihre Botschaften interessieren sich scheinbar nicht sehr dafür, was mit ihnen passiert.
Am 18.10 und 19.10 sind einige Gefangene wegen dem Druck ihrer Botschaften und Bemühungen ihrer Familien freigelassen worden: ein Deuscher, zwei Leute aus Spanien, ein Däne und 7 Ungarn (die aber immer noch angeklagt sind).
Gefangen sind noch mindestens 16 Personen: aus England, Dänemark, Rumänien, Österreich, Polen, Spanien, Tschechien und Ukraine. Es werden außerdem 2 kurdische Personen vermißt, die zum letzten mal am 29.9. im Abschiebeknast Balkova gesehen, aber nicht mit den anderen Gefangenen freigelassen wurden und eine Person aus den USA, von der nur bekannt ist, daß sie angeklagt und im Gefängnis ist.
Von den Gefangenen aus Rumänien, Polen

und Ukraine (s.o.) sind Namen und Anklagepunkte unbekannt. Bekannt ist, daß sie besonders schlimm mißhandelt wurden. Sie haben keineN AnwältIn. Von einem Tschechen ist nur bekannt, daß er angeklagt wurde, über die anderen TschechInnen gibt es gar keine Infos.
Langsam beginnt die Presse zu berichten und Amnesty International schaltet sich ein. Die tschechische Polizei und das Innenministerium beginnen zu zittern und werden zunehmend nervös. Der tschechische Innenminister Stanislav Gross behauptet, alles wäre nur „Propaganda ausländischer Feinde der tschechischen Republik und deren Polizei" und droht, „diese Feinde" dafür zu verklagen. Er setzte außerdem verdeckte Agenten in Prag ein, die Personen, welche Beweise vorlegen, ebenfalls festnehmen sollen!
In zahlreichen Ländern und Städten häufen sich mittlerweile massiv Soli-Aktionen wie Botschaftsbesetzungen, Demos, Universitätsbesetzungen, Besetzung von dem Büro einer tschechischen Fluggesellschaft, Beschwerdebriefe und -telefonate an die verantwortlichen Stellen, Spendensammlungen u.a. In Katalunien drohten AnarchistInnen mit Brandanschlägen und im Baskenland selbst die ETA mit Autobomben in ganz Spanien, wenn die Gefangenen in Prag nicht freigelassen werden.
Die UnterstützerInnen aus Berlin überwiesen vor kurzem 3.000 DM nach Prag.
In Hamburg gab es eine Demo zur Botschaft und es werden an einigen Orten Soli-Schichten gemacht (z.B. Hafen: Ahoi/VoKü, HWP: Cafe Knallhart).
Am **16.12.** wird es eine **Soli-Party** in der Flora geben, wozu ihr alle eingeladen seid. Bis dahin sind hoffentlich alle frei!
Aber auch dann wird weiterhin Unterstützung und vor allem Geld für Prozesse, Anwaltskosten u.a. gebraucht. Viele von den bereits Freigelassenen sind weiterhin angeklagt.

Es wurde eine Sammelkasse eingerichtet. Das Spendengeld wird direkt und persönlich vor Ort abgegeben, damit es ganz sicher dort ankommt, wo es ankommen soll.
Das Spendenkonto Sonderkonto A, Stichwort:"Prag", Konto-Nr.: 045248-207, BLZ: 20010020, Postbank Hamburg
Und hier ein paar Adressen: Tschech. Innenministerium, Tel.: 00-420-261421115, Fax: 00-420-261433552/3 und 00-420-261433560, e-mail: stiznosti@mvcr.cz.
Präsident Vaclav Havel, Tel.: 00-420-224310855, Fax: 00-420-224310851, e-mail: president@hrad.cz.

Tschechische Botschaft in der BRD: 030-226380, Fax: 030-2294033

Tschechisches Justizministerium: Vysehradska 16, 12810 Praha 2, Fax: 00-420-224919927, e-mail: wsp@wsp.justice.cz

Tschechische Polizei, e-mail: admin@mppraha.cz, oks@mvcr.cz

Es können Forderungen geschrieben werden wie z.B.:
- sofortige Freilassung aller Gefangenen, die im Zusammenhang mit den Protesten gegen IWF/Weltbank in Prag verhaftet wurde, Rückgabe aller persönlichen Dinge
- Bis dahin Unterstützung und Schutz vor brutaler Behandlung und Folter
- Bekanntgabe von Informationen über die Gefangenen (Namen, Gefängnisadressen, Bedingungen, gesundheitlicher Zustand,
- Zurückziehen aller Anklagen, auch die der Freigelassenen
- Die Polizei soll für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden
- TschechischeBehörden sollen öffentlich die zahlreichen Verletzungen der Menschenrechte (Art.3, Art.5, Art.9 der Allg. Erklärung der Menschenrechte) und die Kampagne der Manipulation von Informationen gegen Protestierende in Prag zugeben und sich öffentlich dafür entschuldigen
- Einstellungen der Verfolgungen von Personen, die Verbrechen der tschechischen Polizei aufklären

Unterstützt die Gefangenen! Die inzwischen kleine Gruppe von den immer noch Gefangenen darf nicht vergessen werden!
Organisiert Soli-Veranstaltungen, spendet Geld oder schreibt Protestbriefe an die verantwortlichen Stellen! Laßt euch was einfallen! Informiert euch und achtet auf Flugis und Spendendosen!
Solidarität ist unsere Waffe!
Der Kampf geht weiter!



Erneuter Antisemitismusstreit im FSK

Im folgenden dokumentieren wir einen (leicht gekürzten) Text aus den Lokalberichten (Nr. 24, 30.11.2000), der sich mit der Diskussion um das am 2. Nov. von einer Mehrheit der Anbieterinnengemeinschaft gegen zwei Redakteure des Forumradio ausgesprochene Sendeverbot befaßt. Das grundlegende Problem der Diskussion besteht darin, daß keine schriftliche Begründung des Sendeverbots seitens der Anbieterinnengemeinschaft vorliegt, obwohl das Thema bereits durch Aktionen des Forumradios in die Öffentlichkeit getreten ist (Unterschriftensammlung, Veranstaltung und Artikel). Die im folgenden Artikel kritisierte Argumentation bleibt bis auf weiteres eine Stellungnahme Radio Lorettas – und nicht der Anbieterinnengemeinschaft. Der Passus zum Problem antideutscher Kritik, daß sie jede „Kritik am israelischen Staat *per se* als antisemitisch denunziert", trifft dann vollends ins Leere, da niemand die kritisierte Behauptung je aufgestellt hat.
Zur Dokumentation haben wir uns bei allen Vorbehalten gegenüber dem Artikel dann doch entschlossen, weil wir es nach wie vor für nötig halten, eine solche Diskussion zu führen und FSK ausgesprochene Sendeverbote inhaltlich begründen muß anstatt sich auf formale Gremienprozeduren (keine Zensur, weil demokratisch durchgesetzt) zurückzuziehen.

Kampf gegen Antisemitismus und antiimperialistische Solidarität dürfen auch nicht gegeneinander gestellt werden

Eine notwendige Diskussion

Am 2. November hat eine Mehrheit der Anbieterinnengemeinschaft des Radios „Freies Senderkombinat" (FSK) zwei Redakteuren aus der Radiogruppe Forumradio den Zutritt zu den Räumen des Radios verboten und sie damit mit einem Sendeverbot belegt. Der Vorwurf: Die beiden hätten in einer Sendung über die aktuellen Auseinandersetzungen zwieschen Plästinensern und Israel und deren Hintergründe antisemitische und völkische Inhalte verbreitet. Das Forumradio hat in einer Stellungnahme vom 21. November den Vorwurf zurückgewiesen und die Beendigung der „willkürlichen Zensur und Sendeverbote" gefordert, die Radiogruppe Loretta zwei Tage zuvor, am 19.11., in einer Stellungnahme zu einer im Radio (Knast und Justiz Info) vorgetragenen „persönlichen Erklärung vom 17.11." Vorwurf und Sendeverbot bekräftigt. Außerdem liegt ein Mitschnitt der fraglichen Sendung vor, was den Vorwurf für alle Interessierten nachprüfbar macht.
Die Auseinandersetzung berührt zentrale praktische Fragen emanzipatorischer Politik: den Kampf gegen Antisemitismus, antiimperialistische Solidarität, die Frage von Person, Lebensweise und Staat, aber auch die Frage der Pluralität in der Linken und ihrer Grenzen. Eine klärende Diskussion ist notwendig, die Lokalberichte sind für diese Diskussion offen und wollen sich daran beteiligen.

Antisemitsmus und linke Politik

Ich unterstelle, daß Radio Loretta und die Mehrheit der Anbieterinnengemeinschaft den Antisemitismus-Vorwurf nicht als Vorwand benutzen, um irgendwie unliebsame Sendungen aus dem Radioi FSK zu entfernen, sondern daß sie das – berechtigte – Anliegen verfolgen, antisemitische Tendenzen aus dem Radio fernzuhalten. Es geht also um die Frage, ob der schwerwiegende Vorwurf des Antisemitismus zutrifft.
Die Kritik des Antisemitismus, das Bestreben, jeden Anflug von Antisemitismus zu ächten und zu bekämpfen, ist angesichts der mörderischen Geschichte des Antisemitismus und insbesondere der furchtbaren Verbrechen des deutschen Faschismus unverzichtbarer Bestandteil emanzipatorischer Politik. Diese Aufgabe ist zudem höchst aktuell, wie nicht nur die fast schon alltäglich werdenden Angriffe neonazistischer Täter auf jüdische Menschen und die jüdische Lebensweise oder auch Untersuchungen antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung beweisen. Für die von der bürgerlichen Rechten, namentlich der CDU/CSU betriebene nationale Sammlungsbewegung ist der Antisemitismus zur Abschließung des „Deutschen", zur Ab- und Ausgrenzung des „Fremden" unverzichtbar. Darauf weisen die Angriffe auf Paul Spiegel und seine Kritik am Begriff der „Leitkultur" aus den Reihen der CDU/CSU und vor allem die Art der Angriffe hin.
Diese Situation verlangt eine große Sorgfalt in der Behandlung aller Fragen, die jüdische Menschen, die jüdische Lebensweise, aber auch die aktuellen Auseinandersetzungen in Palästina/Israel betreffen.
Eine besondere Sorgfalt ist auch aus folgendem Grunde erfoderlich: Der tief in deutschen Geschichte und der deutschen Ideologie verwurzelte Antisemitismus behaftet die Behandlung der genannten Fragen mit einem hohen Diskursrisiko. Der „Sender" hat die Folgen seiner Worte, seiner Darstellungen, sachlichen oder sachlich gemeinten Feststellungen, Kritiken etc nicht unbedingt in der Hand. Wie zum Beispiel wäre es sonst möglich gewesen, daß „Jud Süß", der beeindruckende Roman Lion Feuchtwangers von 1925, der das ...Bild eines zwischen Assimilation und Emanzipation hin- und hergerissenen jüdischen Intelektuellen in Deutschland zeichnet...daß ein solcher Roman quasi zur Vorlage für einen der übelsten antisemitischen Propagandafilme des deutschen Faschismus wurde ?...
Wie auch immer: Wer, wie die „Freunde der guten Zeit" vor ungfähr einem Jahr in einer Radiosendung, Ignatz Bubus im Nachruf einen „jüdischen Kapitalisten" tituliert (siehe Kasten), kann sich nicht darauf herausreden, daß seine Tatsachenbehauptung zutrifft. Der hat – zumindest! – verabsäumt, sich zu vergewissern, welche Klischees er benutzt, welche Vorurteile bestärkt . anders ausgedrückt, daß der Stein, der er wirft, Verletzungen zufügt.

Der Vorwurf des Antisemitismus ist unbewiesen, das Senderverbot willkürlich

Der Fall der von Radio Loretta beanstandeten Sendung zu Palästina (und Jugoslawien) lilegt jedoch anders.
Zunächst: Die Betreiber des Sendeverbots, das selbstverständlich die Öffentlichkeit und ihr Recht auf Information tangiert, haben es bisher verasäumt, ihren schwerwiegenden Vorwurf des Antisemitismus zu begründen.
Radio Loretta zitiert in der genannten Stellungnahme (siehe Auszug) genau einen Satz als Beweis des Antisemitismus, nämlich: „Wie erleben jetzt, was die Juden damals erlebt haben." Die Stellungnahme behauptet, die Äußerung reihe sich „in eine Kette weiterer antisemitischer Äußerungen ein". Sie behauptet, die Redakteure hätten „mehrere Antisemitsmen nicht kommentiert, unterbrochen, richtiggestellt und weitere selbst formuliert oder bestätigt". Allerdings bleibt sie den Beweis dafür schuldig. Etwas anderes Schriftliches gibt es nicht, auch auf einer Diskussionsveranstalung am 27.11. wurde Vorwurf zwar wiederholt, aber nicht einmal andeutungsweise bewiesen. Damit setzt sich RadioLoretta selbst dem Verdacht aus m, in einer sehr ernsten Sache leichtfertig zu handeln. Auch die Behauptungen über die angeblichen Unterlassungen fassen die Arbeit der beiden Redakteure in der etwa zweistündigen Sendung nicht richtig zusammen, unterschlagen etwas, daß zwei Stellungnahmen aus der israelischen Linken veresen wurden und daß die Verbrechen des deutschen Faschismus, die Ermordung von 6 Millionen Juden, ebenso thematisiert wurde wie die Gefahr, mit der Kritik an Israel falschen Beifall zu bekommen.
Trotzdem hatm, das will ich nicht bestreiten, die Sendung Schwächen, die kritischer Diskussion bedürfen. Sie betreffen die Art und Weise, wie die Redakteure ihr Anliegen

– durch Information, Analysen und Stellungnahmen die antiimperialistische Solidarität mit den Palästinensern zu stärken – verfolgen. Die oben zitierte Äußerung („wir erleben jetzt, was die Juden damals erlebt haben") ist tatsächlich gefallen. Sie ist falsch. Aber ist sie antisemitisch ? Kommt sie der Leugnung des Holocausts nahe, wie die Kritiker behaupten ? Die Leugnung des Holocaust ist ein Verbrechen, und zwar weil sie die Vernichtung vollendet, indem sie sogar die Vernichtung leugnet, und weil sie tatsächlich die Rechtfertigung des Massenmordes bezweckt. Die Botschaft, die die Leugnung übermittelt, besteht darin, die Opfer zu verhöhnen und ihre Nachkommen ein ähnliches Schicksal anzudrohen. Nichts davon bezweckt die Äußerung des Vertreters der palästinensischen Gemeinde. Das ergibt sich unzweideutig aus dem gesamten – überprüfbare – Kontext. Er versucht, auf das gegenwärtige Leid der Palästinenserinnen und Palästinenser aufmerksam zu machen, und dazu bedient er sich eines falschen, unzulässigen Vergleiches, der den Opfern des Holocaust nicht gerecht wird und deshalb auch sein eigentliches Ziel verfehlt. Ein richtigstellendes Nachhaken an dieser Stelle wäre zu erwarten gewesen und hätte der Solidarität mit den Palästinensern keinen Abbruch getan, im Gegenteil.

Eine weitere Klarstellung wäre notwendig gewesen. Es hat aus den Reihen palästinensischer Migranten in Deutschland und Europa verschiedentlich Angriffe auf Synagogen (so die alte Synagoge in Essen) und damit auf die jüdische Lebensweise gegeben. Sie befördern und bestätigen Antisemitismus und müssen von der jüdischen Gemeinde als Bedrohung verstanden werden. Sie schaden dem Kampf der Palästinenser, aber nicht deshalb, weil sie ihn in den Augen von irgendwem schlecht aussehen lassen, sondern weil sie mit dem Kampf um antiimperialistische Befreiung unvereinbar sind. Es wäre an den Redakteuren der Sendung gewesen, den palästinensischen Vertreter durch direkte Nachfrage die Gelegenheit zu geben, den antiimperialistisch-emanzipatorischen Charakter des Kampfes auch in direkter Abgrenzung zu rassistischen Tendenzen, vor denen die Unterdrückten nicht gefeit sind, deutlich herauszustellen. Die Schwächen der Sendung bestehen zusammengefaßt m.E. darin, daß der soziale Gehalt und antiimperialistische Charakter nicht durchweg mit der gebotenen Schärfe und in Abgrenzung zu reaktionären Momenten und Tendenzen herausgearbeitet wurde. Der Vorwurf des Antisemitismus jedoch hält der Überprüfung nicht stand. Er zielt weit daneben und verrät konkret mehr über die, die ihn gegen diese Sendung erhoben haben.

deutschen Denkstrukturen verhaftet Das Problem antideutscher Kritik:

Radio Loretta und die Mehrheit der Anbieterinnnengemeinschaft sind einem Fehler verfallen, der tiefer in deutschen Ideologie verankert ist, als sie sich womöglich vorstellen können. Der moderne Antisemitismus, wie er mit der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland entstand, zielt auf die Ab- und Ausgrenzung des „Fremden" und in der Tendenz auf seine Vernichtung, d.h. auf die Vernichtung der jüdischen Lebensweise bis hin zur Vernichtung der jüdischen Menschen. Die sich als antideutsch begreifende Kritik identifiziert dagegen umstandslos die Juden und die jüdische Lebensweis mit dem israellischen Staat, wenn sie jede Kritik am israelischen Staat *per se* als antisemitisch denunziert. Der furchtbare, ziemlich deutsche Gedanke, daß die Person und ihre Lebenspraktiken untrennbar mit dem Staat verbunden sind und durch ihn und nur durch ihn ihre Identität, ihre Bestimmung gewinnen, scheint hier kräftig durch.

Im Kampf gegen das Erstarken des Antisemitismus ist diese Gleichsetzung eine schlechte, ja sogar gefährliche Waffe, weil sie die jüdische Bevölkerung in Deutschland verweist und damit dem reaktionären Bestreben, die jüdische Lebensweise „fremd" zu identifizieren, wie dies gerade in der Diskussion um die „Leitkultur" betrieben wird, nichts entgegengesetzt.

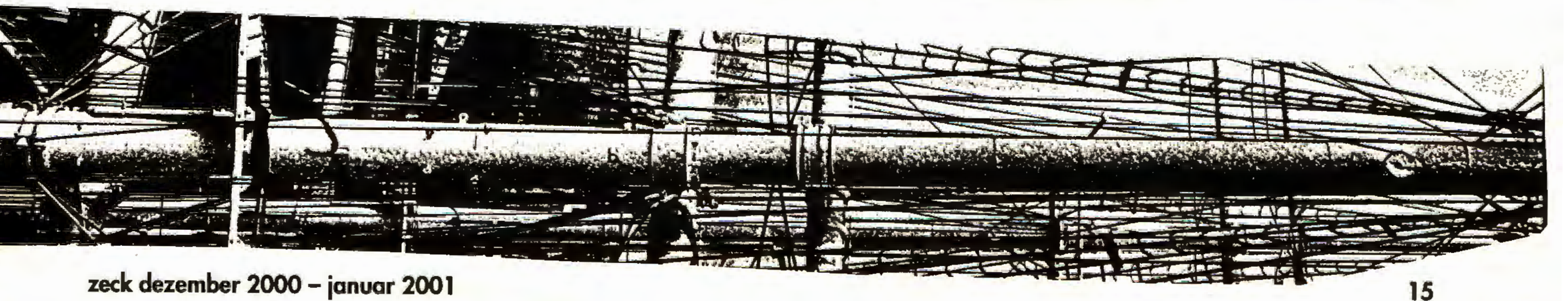
In Bezug auf die Unterstützung einer friedlichen Lösung im Nahen Osten, die den berechtigten Lebensinteressen aller dort lebenden Menschen gerecht wird, ist die Haltung, die jede Kritik an Israel als antisemitisch zum Schweigen brigen will und damit die israelische Politik für sakrosankt erklärt, kontraproduktiv. Es ist ja nicht nötig, daß diejenigen, die der antideutschen oder antinationalen Strömung anhängen, die antiimperialistische Befreiung der Palästinenser zur eigenen Sache machen. Aber man kann und muß von ihnen verlangen, daß sie antiarabisch/antiislamische Ressentiments nicht aufsitzen, wie es die Macher von Radio Loretta m.E. tun, und daß sie nicht – stillschweigend oder ausdrücklich – staatliche Verbrechen wie rassistische Unterdrückung und Ausgrenzung, Besatzung und Land- bzw. Wasserraub, den Einsatz von schwerbewaffneter Armee gegen Kinder und Jugendliche... rechtfertigen. Man muß von ihnen verlangen, daß sie sich, wenn schon nicht mit den Palästinensern, doch wenigstens mit der israelischen Friedensbewegung und Linken auseinandersetzen, die gegen die Politik des israelischen Staates Stellung bezieht, auch weil sie weiß, daß, wer Verbrechen an anderen verübt, selbst Schaden nimmt.(scc)

(...)

Der Antisemitismus-Vorwurf

I. Die Kritik von Radio Loretta an der Sendunng bezieht sich auf die Äußerungen eines palästinensischen Genossen und Mitglieds der palästinensischen Gemeinde in Hamburg und darauf, daß die beiden Redakteure diese nicht „kommentiert, unterbrochen, richtiggestellt und weitere (Antisemitismen) selbst formuliert oder bestätigt haben" (alle Zitate, sofern nicht anders vermerkt, aus der schriftlichen Stellungnahme. Radio Loretta zitiert den Satz: „Wir erleben jetzt, was die Juden damals erlebt haben" – eine „Kette weiterer antisemitischer Äußerungen" wird zwar behauptet, aber nicht belegt – und schreibt dazu: „Jetzt meint: die ‚Vertreibung des palästinensischen Volkes', damals meint: die Vernichtung des europäischen Judentums. Solche Vergleiche nähern sich tatsächlich der Leugnung des Holocaust, weil sie eben die systematische Vernichtung der Juden durch Gas unterschlagen...Es gibt Vergleiche, die einer Leugnung nahekommen. Wer in Sendungen solche Vergleiche nicht richtigstellt oder kritisiert, unterstützt eben diese Tendenz, die nicht nur, aber besonders in Deutschland immer wieder Konjunktur hat."

II. Ein zweiter Vorwurf von Radio Loretta bezieht sich auf die am 17.11. in „Knast und Justiz Info" vorgetragene „persönliche Erklärung", die auf ein früheres Sendeverbot gegen die „Freunde der guten Zeiten" verweist und in der Stellungnahme von Radio Loretta so zitiert wird: „‚Später traf es die Freunde der guten Zeit. Sie erhielten Sendeverbot, weil sie in einem Nachruf auf Ignatz Bubis dessen Spekulations- und Maklergeschäfte in Frankfurt kritisierten. Aber Ignatz Bubis war nicht nur ein Spekulant, er war auch Jude. Dadurch bot sich für die FSK-AufräumerInnen eine gute Möglichkeit, den Antisemitismusvorwurf für ihre Sache zu benutzen, um eine unbequeme Sendung aus dem Programm zu entfernen.'"



Advent, Advent die Brücke brennt ! Oder: Frankreich unser neuer Joker im Atompoker

Nachdem die, von den Energiekonzernen geplanten Castor-Transporte, vom AKW-Phillipsburg und AKW-Stade verhindert werden konnten, will die Gegenseite jetzt sicherstellen, dass sie ihren Müll auch weiterhin nach La Hague loswerden und somit ihre AKWs bei voller Ausnutzung und damit ungeschmälerter Profitrate weiter betreiben können. Frankreich weigert sich z.Z. nämlich den Deutschen ihren Atommüll abzunehmen, denn sie mißtrauen den Zusicherungen der Regierung, dass diese den Müll in Zukunft auch wieder abnehmen wird, bzw. die Rücktransporte sicherstellen kann.

Sechs weiß lackierte und rund 110 Tonnen schwere Castor-Behälter stehen auf dem Gelände der "Wiederaufbereitungsanlage" in La Hague und warten auf den Transport. Aber dies ist nur die Spitze eines gewaltigen Eisberges. Der sich angehäufte deutsche Atommüllberg - allein in La Hague-, würde z.Z. 168 Container füllen und in den nächsten 20 Jahren müssten insgesamt sogar mindestens 300 Castoren nach Gorleben rollen. Rollen tut aber auf Grund des erfolgreichen Widerstandes bisher wenig, z.Z. stehen (erst/schon/leider) 9 Castoren in Gorleben und es geht nicht voran. Denn seit im Mai 1998 der Transporte-Stopp durch Frau Merkel -wegen der verstrahlten Castoren- verhängt wurde, läuft gar nichts mehr. Erst kam die Expo, während der sich die deutsche Regierung nicht in der Lage sah, zusätzliche „Grüne" abzustellen um Transporte zu sichern, dann wurde festgestellt, dass die Castortransporte jahrelang über die marode Seerauer Eisenbahnbrücke über die Jeetzel geführt wurden. Eine alternative Strecke kam aber für die Regierung nicht in Frage, da diese mit 40 Straßenkilometer, länger als die bisherige ist und außerdem noch fast vollständig durch Wald führt. Unter diesen Bedingungen konnte der Atomstaat nicht für eine erfolgreiche Durchführung garantieren und er weiß genau, dass ein verhinderter Transport, sowohl der Anti-AKW-Bewegung, als auch vielen anderen sozialen Bewegungen soviel Auftrieb gegeben hätte, dass der politische Schaden für sie zu groß wäre. "Was für eine faule Entschuldigung", erregt sich der für die WAA verantwortliche Manager der Cogema. "Wollen die uns wirklich weismachen, dass es in Deutschland keine alternative Zugstrecke zwischen der französischen Grenze und Gorleben gibt ?" Er fürchtet verzweifelt um das tolle Geschäft, denn 40% des Umsatzes sichern ihm z.Z. die deutschen AKWs. Dieses sicher geglaubte Geschäft stört mittlerweile die französische Justiz, weil die Cogema gegen ein Gesetz aus dem Jahre 1991 verstößt. Demnach darf ausländischer Atommüll nicht länger als zu der für die Wiederaufbereitung nötigen Zeitspanne von maximal 7 Jahren in Frankreich zwischengelagert werden. "Deutschland missbraucht Frankreich als Atommüllhalde" titelte daher jüngst die Pariser "Liberation".

Polizei und BGS bauen antidemokratischen Schutzwall

Es blieb also nur eine Möglichkeit, Abriss und Neubau, mit gleichzeitiger Erweiterung des Verladekranes in Dannenberg. Seitdem fühlen sich die BewohnerInnen dort wieder an die Zeiten des antifaschistischen Schutzwalls erinnert. Polizei und BGS kontrollieren mit einem ungeheuren Aufgebot die gesamte Bahnstrecke, die Brücke und den Verladekran. Alles wurde zum "gefährdeten" Ort erklärt. Mit dieser Generalprävention, die sich die Schergen während der Chaostage in Hannover ausgedacht hatten, können sie jetzt massenhaft Personalien aufnehmen und Platzverweise aussprechen. Das damit das Demonstrationsrecht ausgehebelt wird, hatte die "rot-grüne" Regierung zuvor im "Konsensvertrag" dem Kapital versprochen, indem sie sich verpflichtet hatte, den weiteren Reaktorbetrieb zu gewährleisten und die nukleare Entsorgung zu sichern.

Diese Republik kann man nicht vor uns sichern.

Es geht nicht an, dass die Castoren bisher noch immer nicht dicht sind, in dem anderen Endlager in Morsleben, das Deckgebirge auf die eingelagerten Atomfässer einstürzt und noch immer niemand weiß, wie eine sichere Endlagerung aussieht, die "rot-grüne" Regierung aber ihr Atomprogramm ungestört durchziehen und sogar auszubauen plant.

Wir teilen daher die Einschätzung der französischen Regierung, dass auch diese Regierung nicht sicherstellen kann, dass die Castortransporte bald wieder aufgenommen werden. Wir begrüßen unseren "Partner" in der Verstopfungsstrategie und werden damit erreichen, dass die AKWs schneller als geplant abgeschaltet werden müssen.

Daher: stellen wir uns quer ! Macht mit !
Arbeitet mit in der Anti-Atom-Gruppe Rote Flora, jeden 2. und 4. Montag im Monat, um 20.00 Uhr, Schulterblatt 23b, al-Büro ! Informiert Euch unter www.nadir.org/castor, www.bi.luechow-dannenberg.de oder www.x1000malquer.de !
Seid unruhig ! Stört den (Atom)Konsens!
Anti-Atom-Gruppe der Roten Flora



Zu sehen ist die Hausbesetzung in der Bernstorffstr. vom Projekt KRASS. Diese fand statt am 4.11.00 und wurde recht schnell von der Staatsmacht beendet.

DNA-Dateien wachsen schnell!

Bayerische Polizei zwingt Antifaschisten zur Speichelprobe

■ Letztes Jahr im oberbayerischen Rosenheim: Noch vor Beginn einer antifaschistischen Demonstration gegen einen NPD-Aufmarsch wird der 20-jährige Stephan K. in einer Polizeikontrolle festgenommen. Angeblicher Grund für die Festnahme: die willkürliche und gelogene Behauptung eines Faschos, Stephan hätte ihn verprügelt. Im Verlauf des Sicherheitsgewahrsams wurde eine erkennungsdienstliche Behandlung durchgeführt, wozu auch eine Speichelprobe zur DNA-Analyse geplant war.

Die Einführung einer Gendatei wurde vor über zwei Jahren gesetzlich geregelt, als mehrere aufsehenerregende Sexualstraftaten ins Interesse von SensationsjournalistInnen gelangten. PolitikerInnen fast aller Parteien und SicherheitspraktikerInnen nutzten die massenmedial aufgeheizte Stimmungslage, und priesen die DNA-Analyse als Wundermittel gegen Sexualstraftaten. 16.000 Männer zwischen 18 und 32 Jahren waren zur Abgabe einer „freiwilligen Speichelprobe" aufgefordert worden, zum damaligen Zeitpunkt ohne jegliche gesetzliche Grundlage. Bedenken von DatenschützerInnen vor der Einführung des „gläsernen Menschen" wurden durch die entstandende Lynchstimmung zunichte gemacht.

Jetzt, fast drei Jahre später, zeigt sich auch in der Praxis der Behörden, dass die damalige gesellschaftliche Stimmung nur eine willkommene Möglichkeit war, die gesetzlichen Befugnisse des Sicherheitsapparates auszuweiten.

Die Srafprozessordnung (StPO) sieht im § 81g vor, dass „zum Zwecke der Identitätsfeststellung in künftigen Strafverfahren einem Beschuldigten, der einer Straftat von erheblicher Bedeutung, insbesondere eines Verbrechens, eines Vergehens gegen die sexuelle Selbstbestimmung, einer gefährlichen Körperverletzung, eines schweren Diebstahls oder einer Erpressung verdächtigt wird, Körperzellen (Blut und Speichel) entnommen werden und zur Feststellung des DNA-Identifizierungsmusters molekulargenetisch untersucht werden" dürfen. Schon am Gesetzestext zeigt sich, dass die Aufklärung von Sexualstraftaten nur ein kleiner Bestandteil des Gesetzestextes ist, und die Formulierung praktisch jede Einsetzbarkeit des Gesetzes zulässt. Der Begriff „Straftat von erheblicher Bedeutung" ist so vage, dass praktisch fast jedes polizeiliche Ermittlungsverfahren als Grundlage angesehen werden kann.

Im vorliegenden Fall aus Rosenheim reichte der Fingerzeig eines Nazis auf eine Gruppe AntifaschistInnen mit der Behauptung, Stephan hätte ihn verprügelt, um einen Speicheltest anzuordnen.

Ein anderer Münchner, der wegen politischer Aktivitäten vorbestraft ist, bekam sogar ohne aktuellen Anlass eine polizeiliche Vorladung zur Speichelprobe bei der „Arbeitsgruppe DNA" beim Polizeipräsidium München. Selbstverständlich ging der Betroffene nicht zu diesem Termin, woraufhin ihm mit einer richterlichen Vorladung gedroht wurde (die bis heute nicht erfolgte).

Dies sind zwar die ersten Fälle von geplanten DNA-Analysen unter politisch Aktiven in der Region München, von denen die Ortsgruppe der Roten Hilfe weiß, jedoch dürfte dies nur der Anfang sein.

Bei nicht-politischen StraftäterInnen sieht es wahrscheinlich ganz anders aus, da diese Betroffenen wahrscheinlich weniger über ihre Rechte Bescheid wissen und eher in einen freiwilligen Speicheltest einwilligen. Zudem dürfen DNA-Analysen auch nachträglich bei Verurteilten durchgeführt werden, die ihre Strafe schon verbüßt haben. So standen bei der Polizeidirektion Rosenheim kistenweise Vorladungen zur DNA-Analyse für bereits verurteilte StraftäterInnen herum. Auch in diesem Brief wurde für die rechtmäßige Weigerung mit richterlichem Beschluss und entsprechenden Konsequenzen (Erscheinen der Polizei am Arbeitsplatz und Wohnort, etc.) gedroht.

Der bayerischen Polizei und ihrer schier unendlichen Sammelwut sind fast keine Grenzen mehr gesetzt. Wenn die Aushebelung der Datenschutzgesetze in gleichem Tempo voranschreitet wie in den vergangenen Jahren, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis fast jeder in der Gen-Datei gespeichert ist. Sogar die bayerische Staatsministerin Barbara Stamm war bis vor kurzem trotz eines Freispruchs wegen Beleidigung rechtswidrig in den bayerischen Polizeidateien gespeichert, wie der bayerische Datenschutzbeauftragte feststellte.

Doch trotz dieser momentanen Lage, ist es wichtig, öffentlichkeitswirksam und juristisch gegen dieses Gesetz und seine Umsetzung anzugehen. Denn noch bestehen auch bei einigen RichterInnen und StaatsanwältInnen Bedenken gegenüber dieser verfassungsrechtlich sehr fragwürdigen Maßnahme.

Im konkreten Fall einer geplanten DNA-Analyse kann die Rote Hilfe folgende Tips geben:

■ Wie immer gilt: keine Aussagen, keine Unterschriften! Besonders keine Einwilligung zur freiwilligen Speichelprobe unterschreiben!!!

■ Wahrscheinlich drohen die PolizeibeamtInnen mit einer zwangsweisen Blutabnahme. Diese muss von einem/r RichterIn angeordnet werden (nur bei „Gefahr im Verzug" auch Anordnung durch Staatsanwaltschaft oder Polizei; es ist fraglich, ob bei DNA-Analysen „Gefahr im Verzug" möglich ist). Die Blutentnahme muss von einem/r Arzt/Ärztin durchgeführt werden.

■ Wie gegen jede erkennungsdienstliche Behandlung, legt explizit gegen die Speichelprobe Widerspruch ein und lasst ihn schriftlich festhalten.

■ Die Erfahrung hat gezeigt, dass ein/e anwesende/r Rechtsanwalt/-anwältin solche rechtlich fragwürdigen Maßnahmen zumindest zu diesem Zeitpunkt verhindern kann. Informiert eine/n Anwalt/Anwältin eures Vertrauens oder den Ermittlungsausschuss über eure Festnahme und die geplante DNA-Analyse. Euch steht bei jeder Festnahme ein Anruf bei einer Person Eures Vertrauens zu.

■ Lasst euch von eventuellen Drohungen der PolizeibeamtInnen nicht einschüchtern, sondern behaltet einen klaren Kopf. Bedenkt die folgenschweren Konsequenzen einer Speicherung in der DNA-Datei!

Für weitere Informationen zum Thema Rechts- und Verhaltenstips im Umgang mit Polizei, Justiz und Geheimdiensten empfehlen wir das Buch „Erste Rechts-Hilfe" von Rolf Gössner, Verlag Die Werkstatt, 1999.

Rote Hilfe, OG München

buch- und Infoladen
schwarzmarkt

kleiner schäferkamp 46 | 20357 hamburg
tel 040 44 60 95 | fax 040 410 81 22

Buchtips



Öffnungszeiten:
Mo / Mi / Fr:
von 14.00 - 19.30 Uhr
Sa: von 12.00 - 15.00 Uhr

Rassismus. Die soziale Konstruktion natürlicher Ungleichheit

Das Fazit mißfiel dem Rezensenten der Frankfurter Rundschau Thomas Krüger. Wulf D. Hund diskutiert in seiner Studie über den modernen Rassismus die soziale Konstruktion und resümiert, das die Basis des Rassismus auch in der Fortschrittskonzeption und Geschichtsphilosophie der Aufklärung angelegt ist. Diese Kritik an der Moderne, als auch die These das biologische Konstruktionen „des Indianers", „der Juden", „der Schwarzen" und „der Zigeuner" letztendlich immer in einem sozio-politischen Kontext steht, möchte Krüger nicht gelten lassen. Doch gerade die konsequente Reflexion, dass „Rassen" nicht der Natur, sondern einer gesellschaftlichen Konstruktion entspringen, macht Hunds Studie lesenswert. Auch wenn der Professor der Soziologie nicht immer den universitären Sprachduktus ablegen kann.
Wulf D. Hund. Westfälisches Dampfboot. Münster 1999.

Cultural Studies. Ein politisches Theorieprojekt. Ausgewählte Schriften 3.

In verschiedenen Aufsätzen und Interviews erläutert der schwarze Kulturwissenschaftler Stuart Hall seine Konzeption von Cultural Studies. Das, was ihn interessant macht, ist einerseits die Koppelung von Theorie an politische Praxis und gesellschaftliche Strukturen; außerdem eine in den Sechzigern in England entwickelte Auffassung von Kultur, die Populärkultur, Medien und Alltagserfahrungen einbezieht. In dem Band wird die Geschichte der Cultural Studies nachgezeichnet, die mit dem Ziel antrat, das Alltagsleben als einen umkämpften Ort des Widerstands sichtbar zu machen; in weiteren Texten äußert er sich zu Postmoderne und Globalisierung. Obwohl die Texte bereits älteren Datums sind, haben sie an Aktualität wenig eingebüßt. Der Band ist als Teil einer dreibändigen Reihe im Frühjahr 2000 vom Argument Verlag neu aufgelegt worden.
Stuart Hall, Argument Verlag Hamburg 2000

Kanak Sprak und Koppstoff

Zaimoglu rechnet mit dem gängigen Türkenklischee ab. Für ihn gibt es keine homogene Ethnie und an das Märchen von Multi-Kulti glaubt er nicht. In den Büchern befragt er türkische Jugendliche, wie es sich für sie in Deutschland lebt. Ihre Antworten sind zwar überarbeitet, behalten aber trotzdem ihren Ton. Ihr Jargon, die „Kanak Sprak" ist ein Gemisch aus Türkisch, Deutsch und amerikanischem Straßenslang. Die „Misstöne vom Rande der Gesellschaft" bleiben provokativ und nur schwer integrierbar. In Kanak Sprak (1995) kommen fast ausschließlich Männer zu Wort, in Koppstoff (1998) nur Frauen.
Feridun Zaimoglu. Rotbuch Verlag Hamburg.

Im Tanz auf rohen Eiern

In dem Buch „wird der Corner Boy Raymond Douglas zum Mann, indem er das amerikanische Kastensystem, das in am Boden hält, angreift , statt sich mit antisozialen Verhalten gegen die Gemeinschaft, in der er lebt, zu richten." „Die Inspiration dazu, meinen Roman zu schreiben, ging von Miles Davis aus. Damals war ich so um die Zwanzig. Miles war drei Jahre älter und der coolste Typ, den ich in meiner Generation je kennengelernt habe – allerdings hatte ich da noch nicht Malcolm X getroffen." Diese zwei Zitate des Autors Herbert Simmons beschreiben treffend sein Werk, das in der Reihe „Soul Fiction" erschienen ist. In dieser Reihe geht es um die afroamerikanische Realität, die von verschiedenen schwarzen Autoren in Romanform geschildert wird.
Herbert Simmons. Soul Fiction Reihe. Atlantik Verlag 1999

gramm 12/2000 +++ Programm 12/ 2000 +++ Programm 12/

Freitag 01.12.	"El Baile de los que sobran" (Tanz der Übriggebliebenen)	20 Uhr
Sonntag 03.12.	Kino Doppelprogramm von Peter Sempel: DANDY-... nie im TV oder auf Video,bisher nur da wo es am schönsten ist:auf der Leinwand.	19 Uhr
	Kino-XTREM (3 Filme auf einer Leinwand)	21 Uhr
Dienstag 05.12.	Dubcafe Roots Commandment	18-23 Uhr
Freitag 08.12.	King David Soundsytem (Berlin) Prince Roots Sky + special guest -Dancehall*Culture	23 Uhr
Samstag 09.12.	Women only girljamsession und Konzert	16 Uhr
Sonntag 10.12.	HC-Konzert:Kurt und Oliver Twist	21 Uhr
Montag 11.12.	Vollmond Orchester	21 Uhr
Dienstag 12.12.	Dubcafe Weed acoustix	18-23 Uhr
Freitag 15.12.	LesBiSchwuler Kellerklub no House-no Techno	22 Uhr
Samstag 16.12.	Soli Party für die Festgenommenen beim IWF-Gipfel in Prag mit Kingstep Hi-Fi & I-Livity Soundsystem Roots + Dub inna warrior style	23 Uhr
Sonntag 17.12.	Drum Circle Trommeln für alle! Instrumente bitte mitbringen!Kost nix	15 Uhr
Dienstag 19.12.	Dubcafe Ire Hifi	18-23 Uhr
Donnerstag 21.12.	hc-konzert: Yage und weitere Bands	21 Uhr
Sonntag 24.12.	Ne, kennt ihr schon. Flora lädt ein zur autonomen Hopsparty. Näheres siehe Ankündigungen -	22Uhr
Dienstag 26.12.	Dubcafe Ital-Acoustic	18-23 Uhr
Freitag 29.12.	Salsa-Latino-Techno Party auf 2 Ebenen u.a. mit Dj Harm, Basso Profundo und weiteren Dj´s	21 Uhr

B5 im Dezember, Brigittenstraße 5, St. Pauli

Freitag 15.12.	„Es wird nichts passieren ..." Advents-club B 5	19 Uhr

Zum Schluß noch ein Wort in eigener Sache:
Das Programm vom Ahoi erreichte die Zeck leider, leider nicht, sonst würde es jetzt auch hier stehen! Das gleiche gilt für das Flora-Programm für Januar, da die nächste Zeitung erst im Februar erscheinen wird.

regelmäßige termine in der roten flora:

Montag	Kochsession veganes essen	ab 19 Uhr
Montag	offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen ab	17 Uhr
Montag*Donnerstag	Archiv der sozialen Bewegungen Tel.433007	16-19 Uhr
Dienstag	Dubcafe	18-23 Uhr
Donnerstag	Kochkollektiv veganes essen ab aber nur noch 14-tägig (14. und 28.12) und neue Leute werden hier auch gesucht. Für die anderen Donnerstage werden also neue Leute gesucht. Also: Einfach fragen und mitmachen in der Roten Flora!	19 Uhr,
1.Samstag im Monat	Frühstück	ab 12 Uhr